

Geschäftsbericht 2017



Jahresabschluss 2017 und Lagebericht

Auf einen Blick	2
Bewegung des Bestandes an Pensionsversicherungen	3
Organe	5
Lagebericht	
Bericht des Vorstandes	9
Jahresabschluss	
Bilanz zum 31. Dezember 2017	32
Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2017	34
Anhang	
Erläuterungen	36
Erläuterungen zur Bilanz	39
Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung	46
Sonstige Angaben	48
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	51
Bericht des Aufsichtsrates	55

Auf einen Blick

		2017	Veränderung	2016	2015	2014
Versicherte	Personen	21.494	15	21.479	21.314	21.295
> Anwärter	Personen	16.036	-16	16.052	15.955	15.995
> Rentner	Personen	5.458	31	5.427	5.359	5.300
Bilanzsumme	Mio. EUR	589,2	3,2 %	570,8	544,3	519,0
Kapitalanlagen	Mio. EUR	568,9	4,4 %	544,7	526,1	487,0
Deckungsrückstellung	Mio. EUR	542,3	3,4 %	524,4	497,5	473,6
Beitragseinnahmen	Mio. EUR	13,1	-10,9 %	14,7	15,4	14,5
> davon laufende Beiträge	Mio. EUR	8,4	-4,5 %	8,8	9,0	9,5
> Einmalbeiträge	Mio. EUR	4,7	-20,3 %	5,9	6,4	5,0
Erträge aus Kapitalanlagen	Mio. EUR	16,6	4,4 %	15,9	19,2	18,5
> davon laufende Erträge	Mio. EUR	16,4	5,1 %	15,6	16,6	18,3
> a. o. Erträge	Mio. EUR	0,2	-33,3 %	0,3	2,6	0,2
Nettoverzinsung	%	2,9	0,0	2,9	3,3	3,6
Laufende Durchschnittsverzinsung	%	2,9	0,0	2,9	3,2	3,8
Versicherungsleistungen	Mio. EUR	19,7	5,3 %	18,7	16,3	15,4
> davon Rentenleistungen	Mio. EUR	13,9	2,2 %	13,6	13,2	12,6

Bewegung des Bestandes an Pensionsversicherungen

	Anwärter		Invaliden- und Altersrentner			Hinterbliebenenrente					
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Summe der Jahresrenten	Witwen	Witwer	Waisen	Summe der Jahresrenten ²⁾		
	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl					Witwen	Witwer	Waisen
					EUR	Anzahl	Anzahl	Anzahl	EUR	EUR	EUR
I. Bestand am Anfang des Geschäftsjahres	7.688	8.364	1.273	3.820	12.653.876	208	87	39	410.245	83.108	15.162
II. Zugang während des Geschäftsjahres											
1. Neuzugang an Anwärtern, Zugang an Rentnern	184	359	116	165	742.705	13	9	0	37.588	10.394	565
2. sonstiger Zugang ¹⁾	8	39	2	1	212.921	0	0	0	5.555	189	1
3. gesamter Zugang	192	398	118	166	955.626	13	9	0	43.143	10.583	566
III. Abgang während des Geschäftsjahres											
1. Tod	14	6	33	139	317.905	17	3	0	19.061	2.437	0
2. Beginn der Altersrente	217	253	0	0	0	0	0	0	0	0	0
3. Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit (Invalidität)	3	12	0	0	0	0	0	0	0	0	0
4. Reaktivierung, Wiederheirat, Ablauf	0	0	0	0	0	0	0	5	0	0	0
5. Ausscheiden unter Zahlung von Rückkaufswerten, Rückgewährbeträgen und Austrittsvergütungen	27	65	0	2	8	0	0	0	0	0	0
6. Ausscheiden ohne Zahlung von Rückkaufswerten, Rückgewährbeträgen und Austrittsvergütungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
7. sonstiger Abgang	4	5	25	48	266.453	0	0	3	0	0	5.751
8. gesamter Abgang	265	341	58	189	584.366	17	3	8	19.061	2.437	5.751
IV. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	7.615	8.421	1.333	3.797	13.025.136	204	93	31	434.327	91.254	9.977
davon											
1. beitragsfreie Anwartschaften	4.587	4.498									
2. in Rückdeckung gegeben	0	0									

¹⁾ Z. B. Reaktivierung, Wiederinkraftsetzung sowie Erhöhung der Rente.

²⁾ Einzusetzen ist hier der Betrag, der sich als zukünftige Dauerverpflichtung (entsprechend der Deckungsrückstellung) ergibt.

Organe

Aufsichtsrat

Dr. Rolf Krämer, Hemmingen

Vorsitzender

Juristischer Vizepräsident,
Landeskirchenamt der Evangelisch-
lutherischen Landeskirche
Hannovers, Hannover

**Dr. Volker Knöppel, Naumburg
stellv. Vorsitzender**

(bis 23. Februar 2018)

Vizepräsident,
Evangelische Kirche von
Kurahessen-Waldeck, Kassel

Birgit Adamek, Berlin

Juristin,
Evangelisches Werk für Diakonie
und Entwicklung e. V., Berlin

Karin Kessel, Speyer

Oberkirchenrätin,
Evangelische Kirche der Pfalz,
Speyer

Olaf Johannes Mirgeler, Schwerin

Oberkirchenrat,
Evangelisch-Lutherische Kirche in
Norddeutschland, Schwerin

Anke Poersch, Berlin

Oberkonsistorialrätin,
Evangelische Kirche Berlin-
Brandenburg-schlesische
Oberlausitz, Berlin

Vorstand

Dipl.-Math. Ulrich Remmert, Mitglied des Vorstandes Versicherungstechnik, Berlin

Dipl.-Kfm. Ewald Stephan, Mitglied des Vorstandes Kapitalanlagen, Berlin



Lagebericht

Bericht des Vorstandes

Bericht des Vorstandes über das Geschäftsjahr 2017

Die VERKA PK Kirchliche Pensionskasse AG (VERKA PK) betreibt als deregulierte Pensionskasse die Renten- und Sterbegeldversicherung im Wege der Direkt- und Rückdeckungsversicherung und ist vornehmlich im Raum der evangelischen Kirche, der Diakonie und freien Wohlfahrtspflege tätig.

Die Verwaltung der Gesellschaft erfolgt auf Grundlage von Funktionsausgliederungs- und Dienstleistungsverträgen durch das Mutterunternehmen.

Allgemeine Entwicklung

Das Jahr 2017 war ein insgesamt gutes Börsenjahr. Die Weltwirtschaft ist erstaunlich stark gewachsen. Die Aktienkurse haben bei sehr geringen Kursschwankungen zugelegt. Die Konjunktur läuft überall gut, Überhitzungserscheinungen sind jedoch nirgends auszumachen; die Inflationsraten sind weltweit niedrig, von lange befürchteten Deflationsgefahren kann andererseits aber auch keine Rede mehr sein. Politische Risiken, die noch zu Jahresbeginn eine große Drohkulisse bildeten, hatten keinen spürbaren Einfluss auf die Wirtschaft und die Kapitalmärkte. Die in Kraft getretene US-Steuerreform und die Entspannung im Nordkorea-Konflikt haben zu diesem positiven Bild beigetragen. Die Finanzkrise scheint mit ihren Verwerfungen beendet zu sein. Verbraucher und Unternehmen schätzen ihre Lage als überwiegend positiv ein und schauen mit Zuversicht in die Zukunft. Dies gilt nicht nur für Deutschland, sondern faktisch weltweit. Am weitesten ist der Konjunkturzyklus in den USA vorangeschritten. Dort wächst die Volkswirtschaft seit acht Jahren ohne nennenswerte Rückschläge. In Europa ist es weniger die Dauer des Aufschwungs, die verblüfft, sondern vielmehr seine Breite und Dynamik. Alle 19 Mitgliedstaaten befinden sich in einer nachhaltig stabilen Wachstumsphase. Der Konsum treibt die Konjunktur auf nationaler Basis an, und vor dem Hintergrund der guten weltweiten Konjunkturentwicklung werden die Exporte beflügelt. Selbst die Investitionen, die lange Zeit das Sorgenkind der Konjunktur waren, tragen inzwischen aktiv zum Wachstum bei.

Der jahresdurchschnittliche BIP-Anstieg in Deutschland lag in 2017 laut Statistischem Bundesamt bei 2,2 %. Damit konnte die Potenzialrate von 0,35 % erneut deutlich übertroffen werden, was darauf schließen lässt, dass sich die Wirtschaft – auch dank der kräftigen Unterstützung durch die Europäische Zentralbank (EZB) – in einer frühen Phase der Hochkonjunktur befindet. Dies wird auch durch die stark ausgelasteten Kapazitäten und die Situation auf dem Arbeitsmarkt untermauert, der faktisch durch Vollbeschäftigung gekennzeichnet ist. Löhne und damit auch die Inflation steigen allerdings bislang nur moderat. Hierfür werden als Gründe die Digitalisierung, die Preistransparenz durch das Internet und die Globalisierung angeführt, die dazu führen, dass die Lohn- und Kostenspirale früherer Zyklen heute sehr viel gedämpfter wirkt.

Die Zinsniveaus liegen in vielen Ländern nach wie vor nahe ihren historischen Tiefs. Die insbesondere von der Lebensversicherungsbranche erhoffte Zinswende wird zwar zunehmend diskutiert und eine Reduzierung der geldpolitischen Maßnahmen durch die EZB auch zögerlich in Angriff genommen, eine deutliche Zinserhöhung wurde damit aber vor allem in Europa bisher noch nicht ausgelöst. Fakt

ist aber, dass die geldpolitische Expansion ihren Zenit zumindest erreicht, wenn nicht sogar schon überschritten hat. In der fortgeschrittenen konjunkturellen Entwicklung in den USA ist die Zinswende dagegen mit bereits fünf Leitzinserhöhungen definitiv vollzogen. Vor diesem Hintergrund war der Anlagedruck bei den institutionellen Anlegern und Kapitalsammelstellen im abgelaufenen Berichtsjahr noch nie größer. Insbesondere bei den Anlegern, bei denen die liquiden Anlagen im Fokus stehen – wie eben vor allem den Lebensversicherungen, Pensionskassen und Pensionsfonds – gab es nur die Alternative, und zwar bewusst höhere Risiken einzugehen, um die Garantieverprechen dauerhaft erfüllen zu können. Den sogenannten „sicheren“ Zins aus früheren Jahren gibt es nicht mehr. Dabei erhöht sich zudem die Gefahr, dass im beschriebenen aktuellen Umfeld aufkommende Zinsänderungsrisiken die Anleiherträge aufzehren könnten.

Der „Geldanlagestau“ der deutschen Privatanleger hat sich im vorigen Jahr weiter vergrößert. Denn mit den leicht erhöhten Inflationsraten drehte der Realzins mit -0,8 % stark ins Minus. Für die privaten Haushalte hierzulande bedeutete das Wertverluste ihres Geldvermögens von 38 Mrd. EUR. Nach vorläufigen Berechnungen dürften die Geldvermögen der privaten Haushalte in Deutschland im vergangenen Jahr gleichwohl um rund 300 Mrd. EUR auf 6,1 Bio. EUR gestiegen sein. Mit 5,2 % lag das Wachstum über dem von 2016 (+4,7 %). Getragen wurde der Vermögenszuwachs 2017 erneut vom Sparfleiß der Bürger und Kursgewinnen an den Aktienmärkten. Die Verzinsung von Einlagen, Rentenpapieren und Versicherungen erreichte dagegen einen neuen Tiefpunkt. Offenbar lassen sich die privaten Haushalte bei ihren Sparbemühungen jedoch nicht von den extrem niedrigen Zinsen entmutigen und legen einen wachsenden Anteil ihres verfügbaren Einkommens zur Seite. So stieg die Sparquote im vierten Jahr in Folge auf inzwischen 9,8 %.

Die Lebensversicherung verzeichnete laut Verbandsangabe im Jahr 2017 einen minimalen Beitragsrückgang von 0,1 %; auf 90,7 Mrd. EUR. Mit 26,1 Mrd. EUR lief vor allem das Neugeschäft mit Einmalbeiträgen besser als erwartet (-0,5 %). Die Einnahmen durch neu abgeschlossene Verträge mit laufenden Beiträgen verringerten sich auf 5,2 Mrd. EUR (-4,6 %). Die Stornoquote dürfte wie im Vorjahr bei 2,7 % liegen.

Einen weiter wachsenden Anteil in der Lebensversicherung machen Produkte mit alternativen Garantiekonzepten aus. Im Neugeschäft entfallen darauf inzwischen knapp 50 %, während der Anteil klassischer Policen mit durchgehender Garantieverzinsung auf etwa 40 % gesunken ist.

In der Betrieblichen Altersversorgung zählten die Versicherer 15,7 Mio. Verträge (+1,9 %). Das Beitragsvolumen von 19,4 Mrd. EUR macht mittlerweile einen Anteil von 21,3 % an den gesamten Beitragseinnahmen Leben aus. Im Jahr 2000 waren es noch 12,7 %. Die verdienten Beiträge der Pensionskassen summierten sich nach aktuell verfügbaren Informationen im Jahr 2016 auf etwa 6,7 Mrd. EUR und erhöhten sich damit im Vergleich zum Vorjahr um ca. 1,5 %. Im Jahr 2015 waren sie noch um 1,6 % gesunken. (Quelle: Gesamtverband der Versicherungswirtschaft e. V. (GDV), Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin)).

Geschäftsverlauf und Lage

Das abgelaufene Geschäftsjahr 2017 war für die VERKA PK das dritte volle Geschäftsjahr nach der Bestandsübertragung einiger Bestände von der Muttergesellschaft im Jahr 2014.

Das Geschäftsjahr stand im Zeichen der Neuausrichtung der Gesellschaft im Hinblick auf den Ausbau der Geschäftsaktivitäten. Hierzu wurden die Produkt-, Bestands- und Vertriebsstrategie überarbeitet und neu formuliert. Im Mittelpunkt steht dabei der Wunsch der Kunden nach Produkten mit alternativen Garantiekonzepten. Hierzu gehört insbesondere auch die betriebliche Altersversorgung auf der Basis der fondsgebundenen Lebensversicherung. Die Erlaubnis der BaFin zum Betrieb dieser Sparte wurde im Verlauf des Jahres entsprechend beantragt und auch erteilt. Entsprechende Produkte wurden im Verlauf des Jahres bis zur Marktreife erarbeitet und werden ab 2018 vermarktet.

Voraussetzung für eine erfolgreiche Vermarktung ist hierbei insbesondere die weitere Digitalisierung der Geschäftsprozesse. In diesem Zusammenhang wurden im Berichtsjahr zur weiteren Verbesserung des Kundenservices weitere maßgebliche Fortschritte bei der Einführung eines Dokumentenmanagementsystems erzielt. Hier ist es das Ziel, bis Ende 2018 eine weitgehend papierlose Bearbeitung aller Vorgänge im VERKA-Verbund (Versicherungsverträge, Rechnungen sowie sonstige Dokumente und Unterlagen) umgesetzt zu haben. Hierzu gehören auch die elektronische Briefschreibung und die kontinuierliche Weiterentwicklung unseres webbasierten Bestandsführungssystems. Diese sind auch die Grundvoraussetzungen für den Aufbau eines Online-Portals, über das unsere Kunden künftig papierlos mit den Unternehmen des VERKA-Verbundes kommunizieren können. Hier konnten im Geschäftsjahr erhebliche Fortschritte verzeichnet werden.

Die Geschäftsentwicklung der Gesellschaft im Geschäftsjahr verlief vor dem Hintergrund weitgehend stagnierender Versichertenbestände und sinkender Beitragseinnahmen insgesamt befriedigend. Das anhaltend niedrige Zinsniveau belastete die Ergebnisrechnung zunehmend. Dieser Effekt konnte letztlich aber – bei weitgehendem Verzicht auf Maßnahmen zur Ergebniskorrektur durch die Realisierung stiller Reserven – durch den wachsenden Kapitalanlagenbestand mit entsprechend gestiegenen Erträgen überkompensiert werden. Insofern verzeichnete die Gesellschaft ein leicht verbessertes Ergebnis aus Kapitalanlagen. Auf der versicherungstechnischen Seite kam es – bedingt durch das Niedrigzinsumfeld – zu einer weiteren Erhöhung der Zinszusatzreserve, da der Referenzzinssatz für die Bildung dieser Reserve im deregulierten Bestand zum Bilanzstichtag weiter auf inzwischen 2,21 % gesunken ist. Gemeinsam mit den etwas geringeren Erfordernissen zur Bildung der Zinszusatzreserve im regulierten Bestand auf Grund einer Anpassung des Geschäftsplans lag der Zuführungsbedarf im Berichtsjahr bei insgesamt 10,6 Mio. EUR. Die Reserve erhöhte sich auf 54,1 Mio. EUR. In der Konsequenz führt dies zu einem erneuten Jahresfehlbetrag in Höhe von 11,5 Mio. EUR (Vj. 18,1 Mio. EUR), der im Rahmen des Ergebnisabführungsvertrages vollständig von der Muttergesellschaft, dem VERKA VK Kirchliche Vorsorge VVaG (VERKA VK), übernommen wurde.

Versichertenbestand

Zum 31. Dezember 2017 waren 16.036 Anwärter und 5.458 Rentner und damit insgesamt 21.494 Personen versichert.

Das Verhältnis der Zahl der Rentner zur Gesamtzahl der Versicherten lag bei 25,4 %.

Ertragslage

Beiträge

Im Geschäftsjahr waren gebuchte Bruttobeiträge in Höhe von 13,1 Mio. EUR (Vj. 14,7 Mio. EUR) zu verzeichnen und entspricht damit unseren Erwartungen.

Der Rückgang resultiert vorrangig aus außerordentlichen Einmalbeiträgen im Geschäftsjahr 2016, die in 2017 nicht in vergleichbarer Höhe erzielt werden konnten.

Erträge und Aufwendungen aus Kapitalanlagen

Die Gesamterträge aus Kapitalanlagen sind im Berichtsjahr im Vergleich zum Vorjahr um 4,4 % auf 16,6 Mio. EUR (Vj. 15,9 Mio. EUR) angestiegen. Die laufenden Erträge haben sich um 5,1 % auf 16,4 Mio. EUR (Vj. 15,6 Mio. EUR) erhöht. Der Anstieg geht einher mit einer entsprechenden Zunahme des Anlagevolumens. Während die Ertragsausschüttungen aus Wertpapier-Sondervermögen auf 4,9 Mio. EUR (Vj. 4,1 Mio. EUR) anstiegen, blieben die Zinserträge aus verzinslichen Anlagen im Direktbestand (Inhaberschuldverschreibungen und sonstige Ausleihungen) mit 10,4 Mio. EUR trotz des anhaltend niedrigen Zinsniveaus annähernd unverändert (Vj. 10,5 Mio. EUR). Die Erträge aus Immobilien-Sondervermögen lagen mit 0,5 Mio. EUR auf dem Niveau des Vorjahres. Die in den vergangenen Jahren dotierten Fonds für Wohn-, Einzelhandels-, Hotel- und globale Gewerbeimmobilien entwickeln sich weiter sehr erfreulich. Weitere neue Fondszeichnungen, die im Berichtsjahr vorgenommen wurden (Gewerbeimmobilien Europa, Mikro-Apartments Deutschland), werden in den nächsten Jahren zu einer Erhöhung der Erträge aus Immobilieninvestments beitragen. Die Erträge aus alternativen Investments in Form von Beteiligungen und Genussrechten haben sich entsprechend des umsichtigen Bestandsaufbaus auf 0,5 Mio. EUR (Vj. 0,4 Mio. EUR) erhöht. Da sich ein Teil dieser Investments noch in der Investitionsphase befindet und diese planmäßig in den nächsten Jahren weitere Mittel abrufen werden, steigen die Erträge in diesem Bereich in den kommenden Jahren sukzessive weiter an.

Die im Berichtsjahr angefallenen Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen in Höhe von insgesamt 0,2 Mio. EUR (Vj. 0,3 Mio. EUR) resultieren in erster Linie aus dem Abgang von Investmentanteilen und Schuldscheindarlehen. Darüber hinaus wurden keine die Zukunft belastenden Reserverealisationen zum Zwecke der Ergebnissteuerung vorgenommen. Zuschreibungen gemäß § 253 Abs. 5 HGB waren wie im Vorjahr keine vorzunehmen.

Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen sind im Berichtsjahr in Höhe von weniger als 0,1 Mio. EUR angefallen (Vj. 0,2 EUR). Diese betreffen Inhaberschuldverschreibungen. Abschreibungen waren in Höhe von 0,1 Mio. EUR auf Beteiligungen vorzunehmen (Vj. 0,1 Mio. EUR).

Trotz des weiterhin schwierigen Marktumfelds mit volatilen Verläufen bei weiter extrem niedrigen Marktzinsen und des weitgehenden Verzichts auf Reserverealisationen konnte im Berichtsjahr eine Nettoverzinsung in Höhe von 2,9 % und damit auf dem Niveau des Vorjahrs sowie entsprechend der Vorjahresprognose erzielt werden.

Die laufende Durchschnittsverzinsung nach der Formel des GDV betrug unverändert ebenfalls 2,9 %.

Versicherungsleistungen

Die Versicherungsleistungen ohne Regulierungsaufwendungen erhöhten sich entgegen unseren Erwartungen im Geschäftsjahr um 5,3 % auf insgesamt 19,7 Mio. EUR. Der Zuwachs entfällt überwiegend auf einmalige Kapitalleistungen.

	2017	2016
	Mio. EUR	Mio. EUR
laufende Renten		
Altersrenten	12,9	12,6
Berufs- /Erwerbsunfähigkeitsrenten	0,5	0,4
Witwen-/Witwer-/Waisenrenten	0,5	0,5
	13,9	13,5
Kapitalleistungen		
Kapitalabfindungen und andere Kapitalleistungen	5,2	4,8
Rückkäufe	0,6	0,4
	5,8	5,2
Versicherungsleistungen	19,7	18,7

Verwaltungskosten

Die gesamten Personal- und Sachaufwendungen betragen 3,1 Mio. EUR (Vj. 2,8 Mio. EUR) und entwickelten sich damit im Rahmen unserer Erwartungen.

Die Verwaltungskostenquote (Verwaltungsaufwendungen im Verhältnis zu gebuchten Beiträgen) beträgt 7,6 %. Der Anteil der Provisionen an den Abschlussaufwendungen beträgt 0,2 Mio. EUR.

Jahresergebnis

Auf Grund des Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrages mit dem VERKA VK entstand durch den Ertrag aus Verlustübernahme in Höhe von 11,5 Mio. EUR (Vj. 18,1 Mio. EUR) ein ausgeglichenes Jahresergebnis. Eine Entscheidung des Vorstandes über die Verwendung des Jahresüberschusses war nicht notwendig.

Finanz- und Vermögenslage

Kapitalanlagen

„Tugend, ohne sie ist der Terror verderblich; Terror, ohne ihn ist die Tugend machtlos.“ Der französische Rechtsanwalt, Revolutionär und Politiker Maximilien de Robespierre (* 6. Mai 1758 in Arras; † 28. Juli 1794 in Paris) wird mit diesem Ausspruch mitnichten an die Kapitalmärkte gedacht haben, zeigten sich doch die globalen Aktienmärkte im Jahr 2017 unerwartet tugendhaft mit immer neuen Höchstständen, während beinahe in jedem Monat des abgelaufenen Jahres weltweit Terroranschläge mit vielen Toten und Verletzten zu verzeichnen waren. Die Intensität und Häufigkeit des Terrors haben ebenso einen neuen Höchststand erreicht. Für einen Großteil der Bevölkerung scheint dies inzwischen zur Normalität geworden zu sein und auch die Kapitalmärkte reagieren zunehmend gelassen mit erstaunlich niedrigen Volatilitäten. Hieran vermochten auch politisch durchaus bedeutsame Ereignisse und eher „unerwartete“ Entwicklungen kaum etwas zu ändern. Der Amtseinführung Donald Trumps als 45. US-Präsident am 20. Januar 2017 folgte – nichts. Groß angekündigte Wirtschaftsprogramme sind bis heute nicht über den Ankündigungsstatus hinaus gelangt. Stattdessen erfolgte im September eine erneute Anhebung der Schuldenobergrenze der USA, um einen ansonsten drohenden Zahlungsausfall zu vermeiden. Inwieweit die als „historisch“ beschriebene, im Dezember 2017 verabschiedete und zum 1. Januar 2018 in Kraft tretende Steuerreform tatsächlich hilfreich ist, wird sich zeigen, wirkt sich diese doch negativ insbesondere in den Bereichen Bildung (Besteuerung von Spendengeldern an stipendiengibende Stiftungen) und Umweltschutz (Zulassung von Ölbohrungen in Naturschutzgebieten Alaskas) aus. Auch die Unterzeichnung eines Dekrets zur Abschwächung des infolge der Finanzmarktkrise von 2007 / 2008 erlassenen Dodd-Frank-Acts im Februar 2017, dessen Hauptziel die Förderung der Stabilität des Finanzmarkts durch Verbesserung der Verantwortlichkeit und der Transparenz im Finanzsystem bei gleichzeitiger Entlastung des Steuerzahlers durch die Beendigung von staatlichen Rettungsmaßnahmen war, erscheint zumindest fragwürdig. Vermutlich ungeklärt wird die Frage bleiben, ob und ggf. inwieweit Russland in den Wahlkampf von Donald Trump im Jahre 2016 verstrickt war. Die durch das US-Justizministerium im Mai 2017 eingeleiteten Ermittlungen blieben ergebnislos. Die als Tabubruch gewertete Anerkennung Jerusalems als Hauptstadt Israels Anfang Dezember 2017 schürt Ängste vor weiteren Terroranschlägen.

Ähnlich unempfindsam ist der Kapitalmarkt inzwischen offenbar im Hinblick auf die Ereignisse in Folge des positiven „Brexit“-Votums im letzten Jahr. Die erwartete Antragstellung durch Premierministerin May erfolgte am 29. März, am 19. Juni 2017 begannen die Gespräche zum Austritt Großbritanniens aus der EU, der schließlich offiziell nach einer zweijährigen Übergangsphase zum 30. März 2019 erfolgen soll. Doch die Verhandlungen gerieten schnell ins Stocken. Uneinigkeit herrschte vor allem beim Umgang mit der künftigen EU-Außengrenze auf der irischen Insel, dem Status von EU-Bürgern in Großbritannien und der Höhe der Austrittskosten, die Großbritannien an die EU zahlen muss. Das britische Parlament hat Mitte September 2017 mit einer Mehrheit für einen Gesetzentwurf zum EU-Austritt gestimmt. Der Entwurf dient als möglicher Rechtsrahmen, noch können Änderungen vorgenommen werden. Anfang Oktober 2017 kündigte Theresa May an, den „Brexit“ auch ohne Einigung mit der EU umsetzen zu wollen. Mit dem „Brexit“ will Großbritannien auch aus dem Europäischen Binnenmarkt ausscheiden, was ein Ende der Personenfreizügigkeit bedeuten würde. Waren sollen dann im Rahmen eines Freihandelsabkommens zwischen der EU und Großbritannien ausgetauscht werden können. Wie ein solches Freihandelsabkommen konkret aussehen kann, ist noch vollkommen unklar. Am 7. Dezember 2017 verkündete die EU-Kommission nach monatelangen zähen und bislang ergebnislosen Verhandlungen überraschend, es habe „ausreichend Fortschritte“

gegeben, die einen Beginn der zweiten Phase der Verhandlungen mit Großbritannien zum „Brexit“ ermöglichen würden.

Die globalen Kapitalmärkte scheinen inzwischen – ganz im Gegenteil zur Situation vor wenigen Jahren – weitgehend „entpolitisiert“ und damit wieder in erster Linie unter dem Einfluss von Angebot und Nachfrage. Und die Nachfrage war abermals in Anbetracht der weiter andauernden Niedrigzinsphase und dementsprechend mangels Alternativen auf der Anlageseite bei den „Risky Assets“ im Allgemeinen und im Aktienbereich im Speziellen vergleichsweise hoch. Bereits Ende Januar 2017 erklomm der Dow Jones Industrial Average erstmals in seiner 133jährigen Geschichte die Marke von 20.000 Punkten, nur einen Tag später durchbrach der breitere S&P 500 die Marke von 2.300 Zählern und einen Monat später stieg der TecDAX erstmals seit dem Platzen der Technologieblase kurz nach der Jahrtausendwende – damals noch als NEMAX 50 – über den Stand von 1.900 Punkten. Der DAX 30 erreichte schließlich im November 2017 mit 13.526 Punkten sein (bisheriges) Allzeithoch, nachdem der japanische Nikkei 225 tags zuvor das erste Mal seit 1992 die Marke von 23.000 Punkten überschritten hatte. Das positive Momentum nutzten einige große Player für Kapitalmaßnahmen und teils spektakuläre Übernahmen: Im März 2017 legte Snap (US-amerikanisches Social-Media-Unternehmen) mit einem Plus von 44 % am ersten Handelstag ein außergewöhnlich gelungenes Börsendebüt hin – der größte Börsengang seit Alibaba (chinesische Unternehmensgruppe) im Jahr 2014. Im selben Monat verkündete die Deutsche Bank eine 8 Mrd. EUR schwere Kapitalerhöhung und der israelische Hersteller für Fahrassistenzsysteme Mobileye wurde für 15 Mrd. USD von Intel übernommen. Im Juni 2017 gab Amazon.com die Übernahme der amerikanischen Biosupermarktkette WholeFoods für 13,7 Mrd. USD bekannt. Amazon ist längst zum weltweiten Marktführer in nahezu allen Bereichen des (Internet-)Einzelhandels avanciert und macht nun auch den etablierten Lebensmittelhändlern ernsthaft Konkurrenz. Apple erreichte im November 2017 erstmals in seiner Firmengeschichte einen Marktkapitalisierungswert von über 900 Mrd. USD. Die insgesamt sehr positive globale Aktienmarktentwicklung wurde getragen von einer weiter stabilen Gewinnentwicklung der Unternehmen. Die insgesamt überaus positive Entwicklung der bedeutsamsten Standardindizes im Jahr 2017 – dreißig Jahre nach dem Börsencrash am „schwarzen Montag“, dem 19. Oktober 1987 – stellte sich wie folgt dar (nicht währungsbereinigt):

MSCI World:	20,11 %
Dow Jones Industrial Average:	25,08 %
Nikkei 225:	19,10 %
EURO STOXX 50:	6,49 %
DAX 30:	12,51 %
MSCI Emerging Markets:	34,35 %

Bemerkenswert ist an dieser Stelle, dass explizit nachhaltig ausgerichtete Aktienindizes wie der MSCI World Select SRI oder der MSCI Europe Select SRI, die im Übrigen beide mit Unterstützung der VERKA Anfang 2017 entwickelt worden waren, im vergangenen Jahr noch besser gelaufen sind als ihre konventionellen Pendanten mit Outperformances von 1 Prozentpunkt oder mehr – Nachhaltigkeit hat sich also ausgezahlt.

Nachhaltig im Sinne von „langfristig“ mussten auch weiterhin Rentenanleger denken, blieb der von einigen Analysten alljährlich vorausgesagte kurzfristige Zinsanstieg doch erneut aus. Während die US-amerikanische Notenbank Fed trotz nur schleppender Belebung des Arbeitsmarktes und langsamen Anstiegs der Inflationsrate immerhin drei Leitzinserhöhungen um jeweils 25 bps im März, Juni und Dezember 2017 vornahm, ist die Eurozone noch weit von Zinserhöhungen entfernt. Zwar wertet die EZB das im Jahr 2015 begonnene Anleihekaufprogramm („Asset Purchase Programme“

oder kurz APP) inzwischen als Erfolg und Ende Oktober wurde schließlich eine bereits erwartete Verringerung des Kaufvolumens ab Januar 2018 um die Hälfte auf monatlich nunmehr 30 Mrd. EUR verkündet. Die Laufzeit des Programms wurde aber gleichzeitig bis Ende September 2018 verlängert. In Anbetracht der unverändert geringen Kerninflationsrate und einer nach wie vor eher verhaltenen Investitionstätigkeit wird jedoch davon ausgegangen, dass sich das „Tapering“ auf einen noch längeren Zeitraum erstrecken wird und nur langsam die Volumina weiter reduziert werden, zumal die Emissionstätigkeit insbesondere bei den Corporates in der Eurozone in den vergangenen Monaten sukzessive zurückgegangen ist. Weitgehend einig sind sich die Analysten darin, dass allein aufgrund des „Tapering“ der EZB ein merklicher Zinsanstieg bis auf weiteres noch nicht zu erwarten ist – zu unsicher und heterogen ist noch immer die wirtschaftliche Entwicklung in der Eurozone. Während Deutschland weiterhin der wirtschaftliche Motor der Eurozone ist, gehen nach wie vor insbesondere aus Griechenland, Spanien, Portugal und Italien nicht unerhebliche Risiken für den Euro aus. So bezeichnete der IWF Griechenlands Schuldenlast im Januar 2017 als „unhaltbar“ und „langfristig explosiv“, stimmte aber letztlich im Juli 2017 einer weiteren Finanzspritze in Höhe von 1,6 Mrd. EUR zu, nachdem die Eurozone bereits einige Wochen zuvor die Auszahlung einer neuen Hilfsstranche in Höhe von 8,5 Mrd. EUR mit Zustimmung des ESM beschlossen hatte. Italien verlor bereits im Januar 2017 auch bei der letzten verbliebenen Ratingagentur DBRS seinen „AA“-Status und ist nun durchgehend in den mittleren „BBB“-Bereich eingestuft. Im Juni 2017 konnte nach Verhandlungen des italienischen Wirtschafts- und Finanzministers Padoan mit der EU in letzter Sekunde ein Ausfall der bereits seit längerem angeschlagenen ältesten Bank der Welt, der BMPS Banca Monte Die Paschi di Siena, durch einen Restrukturierungsplan verhindert werden. Das italienische Bankensystem leidet noch immer unter Spätfolgen der Bankenkrise. Spanien machte neben dem anhaltenden Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit und der nur allmählichen wirtschaftlichen Entspannung die Unabhängigkeitsbestrebungen in Katalonien zu schaffen. Der von scharfen Auseinandersetzungen begleitete positive Ausgang des wenig repräsentativen Referendums Ende September 2017 konnte die Märkte allenfalls kurzfristig beeindrucken und blieb letztlich (vorerst) folgenlos. Das Zinsniveau in der Eurozone zeigte sich insgesamt nahezu unbeeindruckt von diesen Ereignissen. Der zehnjährige EUR-Swapsatz stand zu Jahresbeginn bei 0,66 % p. a. und schloss das Jahr nach einem Zwischenhoch bei 0,99 % p. a. im Juli 2017 auf einem Niveau von 0,89 % p. a. ab und damit nur unwesentlich höher als zu Jahresbeginn. Gleichzeitig setzte sich die Spread-Einengungstendenz bei Corporates und Banken jedoch moderat fort, so dass die erzielbaren Renditen unterm Strich nahezu unverändert blieben. Nahezu unverändert blieb auf Jahressicht auch die zehnjährige Bundesanleihenrendite – am Jahresbeginn bei 0,21 % p. a., nach zwischenzeitlichem Anstieg auf 0,60 % p. a. im Juli 2017, zum Jahresende bei 0,43 % p. a. Bis zu einer Laufzeit von sieben Jahren rentierten Bundesanleihen das ganze Jahr über im negativen Bereich.

Auch für den EUR-USD-Wechselkurs hatten die meisten Analysten zu Jahresbeginn eine Seitwärtsbewegung vorausgesagt. Anfang 2017 belief sich der Kurs noch auf 1,03 EUR/USD – es schien nur eine Frage der Zeit, wann Parität erreicht werden würde. Im Februar 2017 bezeichnete der Leiter des von US-Präsident Trump berufenen National Trade Council (NTC) Peter Navarro den Euro als „deutlich unterbewertet“ und warf Deutschland vor, die niedrige Bewertung der Währung zu verwenden, um insbesondere die USA „auszunutzen“ – der Euro sei eine Art „implizite D-Mark“, dessen niedrige Bewertung Deutschland einen Vorteil gegenüber seinen Handelspartnern verschaffe. Tatsächlich kam es in der Folge – mutmaßlich gestützt von entsprechenden Maßnahmen der Fed – zu einer deutlichen EUR-Aufwertung gegen US-Dollar. Im September 2017 stieg der Wechselkurs auf über 1,20 EUR/USD und hielt sich bis Jahresende auf diesem Niveau. Für die Exportwirtschaft der Eurozone-Staaten bedeutete dies eine Schwächung.

Eine Schwächung für die Weltwirtschaft war zu Jahresbeginn aufgrund der unsicheren Entwicklung in den Emerging Markets befürchtet worden. Neben den Krisenherden im Nahen Osten, Russland / Ukraine, Türkei, Korea und in einigen Staaten Lateinamerikas drohte vor allem eine Abkühlung der chinesischen Wirtschaft mit bremsender Wirkung für die Weltkonjunktur. Letztlich traten entsprechende Schreckensszenarien jedoch nicht ein. Staatliche Maßnahmen der chinesischen Regierung in Form einer schärferen Regulierung des Kapitalmarkts, in deren Folge eine zunehmende Liquiditätsverknappung drohte, führten nur lokal und temporär zu Belastungen. Insgesamt scheint der begonnene Wandel Chinas von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft tendenziell in die richtige Richtung zu gehen. Unterm Strich war 2017 auch aus Sicht der meisten Entwicklungs- und Schwellenländer ein gutes Kapitalmarktjahr, was sich auch an der sehr positiven Performance entsprechender Aktienindizes ablesen lässt (MSCI Emerging Markets siehe oben). Der Indexbetreiber MSCI verkündete gar im Juni 2017, im kommenden Jahr chinesische A-Aktien in seine Schwellenländerindizes mit aufzunehmen.

Vor diesem Hintergrund hat die VERKA PK im Berichtsjahr ihre Maßnahmen zur Portfoliooptimierung unter Risiko- und Renditegesichtspunkten fortgesetzt und die Diversifikation insbesondere durch Investitionen in nachhaltige alternative Anlagen abseits der klassischen und konventionellen Renten- und Aktienanlage unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit weiter erhöht. Bei der Auswahl sämtlicher Neuinvestitionen wurde und wird strikt auf die Einhaltung der Nachhaltigkeitskriterien der VERKA PK geachtet. Diese sind explizit Bestandteil der Kapitalanlagestrategie. Die VERKA PK sieht die Nachhaltigkeit der Kapitalanlagen als gleichberechtigten Anlagegrundsatz neben der Sicherheit bzw. Qualität, Rentabilität und Liquidität der Investments unter Berücksichtigung einer angemessenen Mischung und Streuung innerhalb des Portfolios.

In Anbetracht der anhaltenden Zinskurvensteilheit auf niedrigem Niveau konnte im Berichtsjahr ein Steepener-Schuldscheindarlehen mit einem Nennwert von 6,0 Mio. EUR mit Abgangsgewinn verkauft werden. Ein weiteres Steepener-Schuldscheindarlehen mit einem Nennwert von 6,0 Mio. EUR wurde durch den Emittenten in Anbetracht des weiterhin niedrigen Zinsniveaus erwartungsgemäß gekündigt. Ferner ist ein weiteres Steepener-Schuldscheindarlehen mit einem Nennwert von 1,0 Mio. EUR endfällig abgegangen. Insgesamt konnte somit die Planungssicherheit im Hinblick auf drohende Minderverzinsungen aus den variabel verzinslichen strukturierten Produkten weiter merklich erhöht werden, ein nennenswertes Kumulrisiko ist nicht mehr gegeben.

Die VERKA PK hat sich im Jahr 2017 in Ergänzung zu bestehenden Senior-Secured-Loans- und Direct-Lending-Investments mit einem Zeichnungsvolumen von 3,0 Mio. EUR an einem verbrieften europäischen Private-Debt-Portfolio beteiligt. Hierbei werden ethische und moralische Grundsätze entsprechend der Nachhaltigkeitsanforderungen der VERKA PK strikt beachtet. Im Berichtsjahr sind bereits vier Kapitalabrufe durch den Emittenten im Gesamtvolumen von 1,2 Mio. EUR erfolgt.

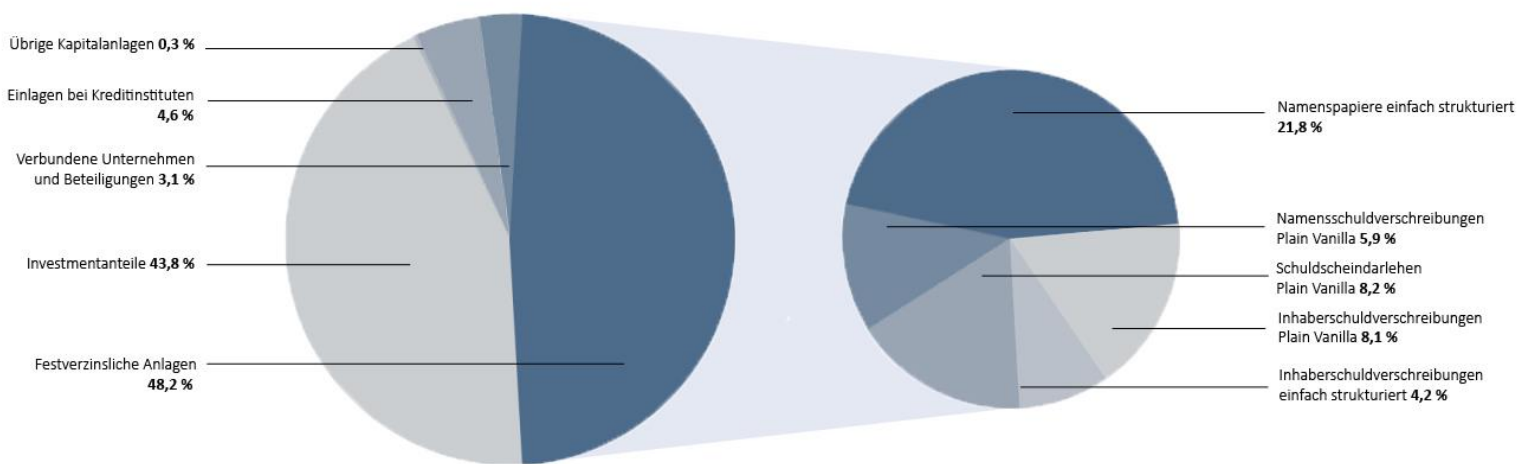
Des Weiteren wurden Zeichnungszusagen für zwei neue Immobilien-Sondervermögen für europäische Gewerbeimmobilien sowie Mikro-Apartments im Volumen von jeweils 5,0 Mio. EUR abgegeben. Letztere war zum Bilanzstichtag bereits durch einen entsprechenden Kapitalabruf zu 0,9 Mio. EUR erfüllt.

In Anbetracht positiver Markterwartungen hat sich die VERKA PK mit einem Volumen von 11,0 Mio. EUR an einem neu aufgelegten europäischen Aktien-Spezial-Sondervermögen mit Dividendenfokus unter strikter Beachtung der Nachhaltigkeitskriterien beteiligt und im Gegenzug das bestehende Aktienmandat leicht reduziert und die Anteile an einem Dach-Hedgefonds zurückgegeben.

Weitere Zugänge waren infolge diverser Capital Calls der bereits in den Vorjahren gezeichneten alternativen Investmentfonds und Immobilien-Sondervermögen zu verzeichnen. Dem gegenüber standen Abgänge aus Fälligkeiten, Kündigungen und Verkäufen verzinslicher Anlagen sowie Kapitalrückzahlungen im Bereich der Beteiligungen.

Der Saldo aus Zu- und Abgängen aus dem Kapitalanlagenportfolio der VERKA PK war im Berichtsjahr mit 24,3 Mio. EUR positiv (Vj. 18,7 Mio. EUR). Unter Berücksichtigung von Zu- und Abschreibungen belief sich die Veränderung des Kapitalanlagenvolumens insgesamt auf 24,2 Mio. EUR (Vj. 18,6 Mio. EUR), was einem Anstieg gegenüber dem Vorjahr um 4,4 % (Vj. 3,5 %) auf 568,9 Mio. EUR (Vj. 544,7 Mio. EUR) entspricht.

Die Kapitalanlagen waren per 31. Dezember 2017 wie folgt in die unterschiedlichen Assetklassen allokiert:



Der Anteil der **Investmentanteile** ist auf 43,8 % (Vj. 42,2 %) angestiegen. Ursächlich hierfür waren neben der Auflegung neuer Spezial-Sondervermögen im Immobilien- und Aktienbereich Aufstockungen bzw. Kapitalabrufe zur Erfüllung offener Kapitalzusagen. Die aus den beiden Aktienfonds und dem Wandelanleiensegment im gemischten Wertpapier-Sondervermögen resultierende ökonomische Aktienquote ist mit 8,0 % (Vj. 4,8 %) nach Zeitwerten bzw. 8,1 % (Vj. 5,0 %) nach Buchwerten infolge der positiven Marktentwicklung und der Beteiligung an dem neuen Aktienfonds, die nur anteilig durch Anteilscheinrückgaben bestehender Fonds mit Aktienexposure kompensiert wurde, unter taktischen Gesichtspunkten erhöht worden. Die Angemessenheit der strategischen Zielquote von derzeit noch 5,0 % soll 2018 unter Markt- und ALM-Gesichtspunkten im Rahmen von Asset-Liability-Untersuchungen überprüft werden. Das sich aus den Aktienfonds sowie dem Wandelanleihenmandat ergebende Aktienkursverlustrisiko ist langfristig durch entsprechende Wertsicherungskonzepte weitgehend abgesichert. Dies erfolgt implizit durch eine Limitierung der Volatilität in Verbindung mit einem Optionssicherungskonzept bzw. durch die explizite Vorgabe von Wertuntergrenzen und daraus resultierende Risikopuffer.

Schwerpunkt der Kapitalanlage sind weiterhin – wenngleich mit weiter abnehmender Tendenz – mit 48,2 % (Vj. 50,6 %) **festverzinsliche Anlagen** im Direktbestand (ohne Einlagen bei Kreditinstituten).

Der Bestand der **Inhaberschuldverschreibungen** ist mit 12,3 % im Vergleich zum Vorjahr (11,9 %) leicht angestiegen. Während sich der Anteil der Plain-Vanilla-Bonds infolge von Abgängen auf

8,1 % (Vj. 8,5 %) reduziert hat, war bei den einfach strukturierten Inhaberschuldverschreibungen aufgrund von Neu- und Reinvestitionen ein Anstieg auf 4,2 % (Vj. 3,4 %) zu verzeichnen. In Anbetracht des extrem niedrigen Zinsniveaus sind die Neuanlagen überwiegend in einfach strukturierte kündbare Anleihen erfolgt, um eine hinreichend hohe Rendite zu erzielen.

Der Anteil der **Schuldscheindarlehen und Namensschuldverschreibungen** (ohne Nachträge) ist weiter auf 35,9 % (Vj. 38,7 %) gesunken. Der Anteil der einfach strukturierten Namenstitel sowie Credit-Linked-Schuldscheindarlehen ging aufgrund von planmäßigen Fälligkeiten, Emittentenkündigungen und Verkäufen auf 21,8 % (Vj. 23,0 %), der Anteil der Plain-Vanilla-Namensschuldverschreibungen und -Schuldscheindarlehen mangels Reinvestitionen in diesem Bereich auf 14,1 % (Vj. 15,7 %) zurück. Das Neu- und Wiederanlagevolumen war mit Blick auf das nach wie vor außerordentlich niedrige Zinsniveau mit insgesamt 17,0 Mio. EUR (Vj. 16,0 Mio. EUR) im Verhältnis zum noch immer vergleichsweise hohen Anteil der sonstigen Ausleihungen am Gesamtvermögen weiterhin gering. Verzinsliche Kapitalanlagen in der Direktanlage bestehen überwiegend bei inländischen Kreditinstituten, wodurch das Emittentenrisiko begrenzt ist. Dennoch wurde das Financial Exposure (inkl. Pfandbriefen bzw. Covered Bonds und indirekter Anlagen in Fonds) zur weiteren Risikodiversifizierung im Berichtsjahr weiter auf 49,1 % (Vj. 56,0 %) der gesamten Kapitalanlagen zugunsten anderer Anlagen im Wege der Portfoliodiversifikation reduziert.

Der Anteil der **Einlagen bei Kreditinstituten** erhöhte sich leicht auf 4,6 % (Vj. 4,3 %).

Mit 3,1 % hat sich der Anteil der **verbundenen Unternehmen und Beteiligungen** im Vergleich zum Vorjahr (2,7 %) weiter erhöht. Ursächlich hierfür waren Kapitalabrufe von Infrastruktur-Dachfonds, des Mezzanine-Fonds, des Fonds zur Finanzierung von Energieeffizienzmaßnahmen sowie des Private-Equity-Fonds. Dem gegenüber standen in vergleichsweise geringem Umfang Kapitalrückzahlungen der beiden Beteiligungsgesellschaften in alternative Energien.

Der Anteil der **übrigen Kapitalanlagen** (inkl. festverzinslicher Anlagen mit Nachrang sowie übriger Ausleihungen) blieb mit 0,3 % unverändert.

Eigenkapital

Das Eigenkapital besteht aus dem gezeichneten Kapital in Höhe von 38,0 Mio. EUR und der Kapitalrücklage in Höhe von 0,1 Mio. EUR.

Deckungsrückstellung und Risikoverlauf

Die Deckungsrückstellung erhöhte sich im Geschäftsjahr um 3,4 % auf 542,3 Mio. EUR.

Die der Berechnung der Deckungsrückstellung zugrunde liegenden aktuariellen Annahmen werden jährlich im Rahmen eines versicherungsmathematischen Gutachtens überprüft und – soweit notwendig – angepasst, um angemessene Sicherheiten in den Rechnungsgrundlagen zu gewährleisten. Dies führte zu einer weiteren Verstärkung der Deckungsrückstellung, um der gestiegenen und weiter steigenden Lebenserwartung Rechnung zu tragen.

Um die eingegangenen Zinsverpflichtungen auch in einem Kapitalmarktumfeld mit niedrigem Zinsniveau erfüllen zu können, ist die Deckungsrückstellung gemäß Deckungsrückstellungsverordnung (DeckRV) für einen Zeitraum von fünfzehn Jahren mit dem Referenzzins zu ermitteln, sofern dieser unterhalb des garantierten Rechnungszinses liegt. Der Referenzzins entspricht dabei

dem zehnjährigen Mittel von Null-Kupon-Euro-Zinsswapsätzen mit einer Laufzeit von zehn Jahren. Er lag zum 31. Dezember 2017 bei 2,21 %. Der höchste im Neubestand verwendete Rechnungszins beträgt 3,25 %. Für die Teilbestände des Neubestands mit einem Rechnungszins von 3,25 %, 2,75 % und 2,25 % wurde deswegen zum 31. Dezember 2017 eine Zinszusatzreserve in Höhe von 16,0 Mio. EUR gebildet. Für den mit einem Rechnungszins von 3,5 % begründeten Altbestand wurden analoge Vorschriften und zum 31. Dezember 2017 ein Referenzzins von 2,40 % in den Geschäftsplan aufgenommen. Für diesen Bestand wurde eine Zinszusatzreserve zum 31. Dezember 2017 in Höhe von 38,1 Mio. EUR gestellt.

Liquidität

Der Anteil der Einlagen bei Kreditinstituten betrug 4,6 % der gesamten Kapitalanlagen zum Bilanzstichtag. Der entsprechende Betrag in Höhe von 26,3 Mio. EUR war in kurzfristige Festgelder bei einem deutschen Kreditinstitut angelegt. Weitere 2,6 Mio. EUR lagen zum Bilanzstichtag in Form von laufenden Guthaben bei verschiedenen deutschen Kreditinstituten vor. Unter Berücksichtigung der aktuellen Liquiditätslage, der Fälligkeitsstruktur und Liquidität des Kapitalanlagenbestands insgesamt – bei den Anlagen handelt es sich überwiegend um kurzfristig liquidierbare Wertpapiere bzw. Investmentanteile – sowie der Liquiditätsplanung, die sämtliche planmäßigen Cashflows der nächsten zehn Jahre beinhaltet, wird die Liquiditätssituation der Gesellschaft als angemessen angesehen, so dass die VERKA PK jederzeit in der Lage war und ist, ihren Zahlungsverpflichtungen nachzukommen.

Personal- und Sozialbericht

Die VERKA PK hat keine eigenen Mitarbeiter/innen. Sie wird über Funktionsausgliederungs- und Dienstleistungsverträge durch Mitarbeiter/innen des VERKA VK geführt.

Sonstige Angaben

Es wurden keine versicherungsfremden Geschäfte getätigt.

Risikobericht

Das Risikomanagementsystem der VERKA PK dient der frühzeitigen Erkennung aller wesentlichen Risiken, die sich negativ auf die Wirtschaftslage des Unternehmens auswirken oder den Bestand des Unternehmens insgesamt gefährden könnten.

Ziele des Risikomanagements und Risikopolitik

Zentrales Ziel der etablierten Risikomanagementprozesse ist die dauerhafte Sicherstellung der Risikotragfähigkeit, um die Solvabilität der Pensionskasse auch in Krisensituationen nicht zu gefährden. Grundlage der Risikopolitik der VERKA PK ist ein konservativer Umgang mit allen unternehmensindividuellen Risiken, wobei im Zweifel das Vorsichtsprinzip gilt – Sicherheit vor Ertrag. Gleichzeitig sind stabile Erträge notwendig, um die garantierten Leistungen sicherzustellen und die Eigenmittelbasis und somit die Risikotragfähigkeit langfristig weiter verstärken zu können. Daher wird angestrebt, stets solche Geschäfte zu tätigen, die bei begrenzter Risikoexposition ein optimales Risiko-Ertrags-Verhältnis aufweisen.

Prozesse und Verfahren des Risikomanagements

Die Gesamtverantwortung für das Risikomanagement liegt beim Vorstand der VERKA PK. Im Rahmen des bestehenden Funktionsausgliederungs- und Dienstleistungsvertrages mit dem VERKA VK werden Risikomanagementdienstleistungen durch den VERKA VK erbracht. Das zentrale Risikomanagement definiert Methoden und Verfahren für die qualitative und quantitative Erfassung der Risiken und ist auf Unternehmensebene für die Risikoüberwachung, die Gesamtrisikosteuerung und die Risikoberichterstattung an den Vorstand verantwortlich. Im Rahmen einer vierteljährlichen Risikoinventur werden alle Risiken, welche die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage wesentlich beeinflussen können, durch die jeweiligen Risikoverantwortlichen der verschiedenen Fachbereiche identifiziert und mit Unterstützung des zentralen Risikomanagements analysiert und quantifiziert. Hierzu werden zu jedem Risiko Bewertungen hinsichtlich des möglichen Schadenausmaßes und der korrespondierenden Eintrittswahrscheinlichkeiten vorgenommen. Für die daraus abgeleiteten Risikokennzahlen werden ggf. entsprechende Schwellenwerte vorgegeben. Im Sinne einer aktiven Risikosteuerung werden konkrete Gegenmaßnahmen festgelegt, um die aus den Einzelrisiken resultierenden Risikopotenziale wirksam zu reduzieren. Im Rahmen des entwickelten Risikotragfähigkeitskonzepts erfolgt neben der quartalsweise stattfindenden Risikoinventur eine monatliche Analyse und Bewertung der Kapitalanlagerisiken durch das Risikomanagement.

Eine Beurteilung und transparente Kommunikation der im Risikomanagementprozess abgeleiteten Gesamtrisikolage der Pensionskasse findet regelmäßig, aber mindestens einmal im Jahr, im Risikokomitee statt. Diesem gehören neben dem Vorstand und dem zentralen Risikomanagement auch die dezentralen Risikoverantwortlichen der verschiedenen Fachbereiche an. Das Risikomanagement der VERKA PK wird ständig weiterentwickelt, um den wachsenden Anforderungen gerecht zu werden, und wird hinsichtlich seiner Effektivität und Angemessenheit mindestens im jährlichen Turnus durch die Interne Revision geprüft.

Versicherungstechnische Risiken

Versicherungstechnische Risiken treten bei der VERKA PK vor allem in Form von biometrischen Risiken auf, wobei das Langlebigerisikolage eine zentrale Rolle einnimmt. Die übernommenen biometrischen Risiken werden ständig beobachtet und durch aktuarielle Tarifierung und eine vorsichtige Reservierungspolitik gesteuert. Darüber hinaus wird zur Absicherung biometrischer Risiken das Instrument der Rückversicherung eingesetzt. So ist insbesondere das Invaliditätsrisiko zu einem gewissen Teil durch Rückversicherung abgedeckt. Aus der Versicherungstechnik können außerdem Kostenrisiken und Stornorisiken resultieren, die ebenfalls bei der versicherungsmathematischen Kalkulation Berücksichtigung finden. Bei der Einführung neuer Tarife oder der Entwicklung neuer Produkte werden im Rahmen der etablierten Produkteinführungsprozesse umfangreiche Risikoanalysen durchgeführt. Aus heutiger Sicht erscheinen die verwendeten Rechnungsgrundlagen insgesamt angemessen.

Die Wirkung versicherungstechnischer Risiken auf die Bilanz der Pensionskasse kann häufig nur im Zusammenhang mit potenziellen Entwicklungen der Aktivseite eingeschätzt werden. Daher liefert auch das Asset-Liability-Management (ALM) der VERKA PK wertvolle Impulse zur Steuerung der genannten versicherungstechnischen Risikoarten. Mit Hilfe von jährlichen ALM-Studien werden die Entwicklungen der passivseitigen Garantien laufend analysiert, sodass rechtzeitig Maßnahmen ergriffen werden können, welche eine langfristige Sicherstellung der Erfüllung garantieren.

Im Gegensatz zu den meisten Lebensversicherungsunternehmen und vielen Pensionskassen liegt den Beständen der VERKA PK kein über 3,5 % liegender Garantiezins zugrunde. Durch den wachsenden Anteil des mit einem niedrigeren Garantiezins unterlegten Neugeschäfts wird die passivseitige Zinsanforderung der VERKA PK sukzessive weiter abnehmen, so dass die dauerhafte Erfüllbarkeit der Zinsverpflichtungen auch in einem Umfeld vergleichsweise niedriger Zinsen länger gesichert ist, als dies bei Beständen mit einem Garantiezins von z. B. 4,0 % der Fall wäre. Speziell mit der per 01.01.2017 gültigen Tarifgeneration werden weiterhin wichtige Impulse für eine Reduzierung des Risikos aus Zinsgarantien gegeben. So wurde bei dieser Tarifgeneration über die Anforderung des aufsichtsrechtlichen Höchstrechnungszinses hinaus, der zugrundeliegende Rechnungszins auf 0,5 % reduziert. Für die Zukunft sollen im Rahmen der verfolgten Produktstrategie der VERKA PK die Versicherungsprodukte für das Neugeschäft so gestaltet werden, dass insbesondere Zinsgarantierisiken minimiert werden. Aus dem Neugeschäft potenziell resultierende Anforderungen zur Bildung einer zusätzlichen Zinszusatzreserve sollen für die Zukunft möglichst ausgeschlossen sein. Den Risiken aus dem anhaltenden Niedrigzinsumfeld wird so in Zukunft noch besser Rechnung getragen.

Bereits bestehende Zinsgarantien können langfristig nur sichergestellt werden, solange die aktivseitige Kapitalanlagenverzinsung die passivseitige Zinsgarantieanforderung übersteigt. Speziell das anhaltende Niedrigzinsumfeld stellt das Versicherungsunternehmen vor eine besondere Herausforderung. Mit Hilfe der Zinszusatzreserve werden zukünftige Zinsverpflichtungen aus Tarifgenerationen oberhalb des sog. Referenzzinssatzes bereits heute in den Rückstellungen berücksichtigt. Die passivseitige Zinsgarantieanforderung wird somit auf eine breitere Basis zinstragender Aktiva verteilt, was die langfristige Erfüllbarkeit der passivseitigen Zinsgarantieanforderungen erleichtert. Der maßgebliche Referenzzinssatz ermittelt sich nach den Vorschriften des § 5 DeckRV und ist für deregulierte Versicherungsbestände prinzipiell bindend. Vor dem Hintergrund der sehr einfachen Berechnung des Referenzzinssatzes, welche weder die Kapitalanlagenverzinsung des Eigenbestandes berücksichtigt noch angemessen auf Zinsänderungen reagiert, wird vermehrt Kritik an dem aktuellen Verfahren geübt und durch die Aufsicht aufgegriffen. So kann bereits – abweichend von § 5 DeckRV – für regulierte Bestände über eine Geschäftsplanänderung ein alternativer Referenzzinssatz beantragt werden, welcher die tatsächliche Zinsentwicklung (am Kapitalmarkt und im Eigenbestand) besser abbildet. Übertreibungen in den Aufwänden zur ZZR – wie dies bei der herkömmlichen Methodik der Fall ist – können so vermieden werden, sodass die Ertragskraft des Unternehmens nicht unverhältnismäßig belastet wird. Entsprechend verwendet die VERKA PK für den Jahresabschluss per 31. Dezember 2017 einen alternativen Referenzzinssatz für den regulierten Bestand, welcher den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen besser gerecht wird.

Der passivseitigen Zinsgarantieanforderung in Höhe von 2,33 % (unter Berücksichtigung der Zinszusatzreserve) steht eine laufende Durchschnittsverzinsung von 2,89 % gegenüber. Somit ist die Erfüllung der Zinsgarantien auch im anhaltenden Niedrigzinsumfeld aktuell sichergestellt.

Im Rahmen der durchgeführten Asset-Liability-Management-Studien konnte bestätigt werden, dass die Pensionskasse ohne Berücksichtigung der Zinszusatzreserve grundsätzlich auch in vorübergehenden Niedrigzinsphasen in der Lage ist, den erforderlichen Garantiezins zu erwirtschaften. Die Finanzierung des Aufbaus der Zinszusatzreserve, die zu einer deutlichen mittelfristig wirkenden Reduzierung der Zinsanforderung führt, erzeugt allerdings kurzfristig erhebliche Aufwände, welche nur mit Unterstützung der Muttergesellschaft VERKA VK getragen werden können.

Marktrisiken

Die Kapitalanlage der VERKA PK ist mit Marktrisiken wie dem Aktienrisiko, Immobilienrisiko und Zinsänderungsrisiko verbunden. Währungsrisiken sollen aufgrund der Fokussierung auf Anlagen in der Eurozone eine untergeordnete Rolle spielen bzw. im Rahmen von Fondsmandaten mit globaler Ausrichtung durch vereinbarte Absicherungsstrategien überwiegend ausgeschlossen werden. Zur Quantifizierung, Analyse und Steuerung der Marktrisiken sowie zur Beurteilung der Risikotragfähigkeit kommen interne und aufsichtsrechtliche Stresstests, Szenarioanalysen, Risikotragfähigkeitsbetrachtungen und Asset-Liability-Studien zum Einsatz. Für die innerhalb von Wertpapier-Sondervermögen bestehenden Aktienrisiken bestehen effektive Absicherungsmaßnahmen, um die Risikotragfähigkeit der VERKA PK nachhaltig zu sichern.

Beide Aktienfonds sind mit einer optimierten langfristig ausgerichteten Absicherungsstrategie ausgestattet, wobei ein Aktienfonds auf einer volatilitätsabhängigen Steuerung der Aktienquote aufbaut und dazu passend konstruierte Optionen einsetzt. Der Absicherungsgrad wird unter Berücksichtigung der Marktentwicklungen regelmäßig angepasst. Das aus Wandelanleihen implizit resultierende ökonomische Aktienrisiko wird mittels eines dynamischen Wertsicherungskonzepts unter Berücksichtigung einer fest vorgegebenen Wertuntergrenze gesteuert und effektiv begrenzt. Unter Berücksichtigung bestehender Sicherungsmaßnahmen resultiert per 31. Dezember 2017 eine ökonomische Aktienquote von 8,1 %.

Erfahrungen haben gezeigt, dass gerade im Immobilienbereich der Kompetenz des Fondsmanagements eine besonders hohe Bedeutung zukommt und dass die Annahme der Wertstabilität von Immobilienanlagen vor allem dann realistisch ist, wenn entsprechende Fondsenagements in dieser Assetklasse professionell bewirtschaftet werden. Um Risikokonzentrationen hinsichtlich Fondsmanagement, geografischer Ausrichtung oder Branchenfokus zu minimieren, strebt die VERKA PK eine breitere Diversifizierung des Immobilienportfolios an. Entsprechend sollen – neben dem Ausbau der Beteiligungen an den bereits bestehenden Immobilienspezialfonds – Neuinvestitionen in weitere Immobilienfonds erfolgen. Der Fokus der bestehenden Immobilienspezialfonds liegt breit diversifiziert auf Wohn-, Budget-Hotel-, Wald- und Gewerbeimmobilien unterschiedlicher geografischer Ausrichtung. Mit dem jüngst aufgelegten Immobilienfonds konnte das Portfolio um den Schwerpunkt "Mikrowohnen in Ballungszentren" erweitert werden. Auch wurde ein Gewerbeimmobilien-Fonds mit Fokus auf europäische Handels- und Logistikimmobilien gezeichnet, bei welchem der erste Kapitalabruf aktuell aber noch aussteht.

Bei den im Direktbestand befindlichen festverzinslichen Anlagen handelt es sich schwerpunktmäßig um Schuldscheindarlehen, Namensschuldverschreibungen und Inhaberschuldverschreibungen, deren kurzfristige Bewertungsschwankungen aufgrund nicht dauerhafter Wertminderungen nicht bilanzwirksam sind. Bei steigenden Zinsen sind diese Anlagen zwar Kursverlustrisiken ausgesetzt, jedoch gleichen sich zwischenzeitlich vorhandene positive oder negative Bewertungsreserven spätestens bei Fälligkeit wieder aus. Neben dem Direktbestand bestehen Investitionen in vier Rentenspezialfonds mit Schwerpunkt auf EUR-Unternehmensanleihen, europäische Staatsanleihen, internationale Unternehmens- und Wandelanleihen (inkl. eines Segments für Unternehmensanleihen in Emerging Markets) sowie Emerging-Markets-Staatsanleihen.

Die Zinssensitivität des Bestandes der verzinslichen Anlagen ist in Anbetracht einer durchschnittlich gewichteten modifizierten Duration von 8,3 % als moderat zu bezeichnen. Im Falle eines Zinsschocks – hierzu wird eine plötzliche Zinsänderung um 100 Basispunkte unterstellt – würden die Zeitwerte der

Kapitalanlagen einschließlich der Fondsinvestments ceteris paribus um 41,6 Mio. EUR sinken bzw. steigen, wobei hier insofern vereinfacht gerechnet wurde, als dass Besonderheiten von im Bestand befindlichen, insbesondere von der Zinskurvensteilheit abhängigen strukturierten Produkten nicht berücksichtigt wurden. Vor dem Hintergrund des weiterhin sehr niedrigen Zinsniveaus bestehen mittelfristig erhebliche Wiederanlagerisiken, welche die Ertragssituation der Pensionskasse in zukünftigen Jahren spürbar belasten können, sofern das extreme Niedrigzinsumfeld noch über einen längeren Zeitraum bestehen bleiben sollte. Im Zusammenhang mit der limitierten Risikotragfähigkeit sind die Möglichkeiten, sich dem negativen Einfluss der anhaltenden Niedrigzinsphase auf die mittelfristige Entwicklung des Ertragspotenzials des Kapitalanlageportfolios zu entziehen, naturgemäß begrenzt.

Zur Erhöhung der Diversifikation über die verschiedenen Assetklassen hinweg und somit zur Optimierung des Rendite-Risiko-Profiles erfolgen neue Investments auch im Bereich nachhaltiger alternativer Anlagen. Ziel ist, von den guten Ertragschancen sowie der niedrigen Korrelation zu den Erträgen und zur Wertentwicklung gewöhnlicher Assetklassen zu profitieren. So bestehen Engagements in den Bereichen Erneuerbare Energien (Photovoltaik- und Windenergieanlagen), Wald und Infrastruktur. Entsprechend werden die portfoliooptimierenden Maßnahmen durch einen sukzessiven Ausbau alternativer Investments fortgesetzt, die das bereits bestehende Gesamtrisikoprofil des Kapitalanlagenportfolios unter Berücksichtigung von Nachhaltigkeitsaspekten möglichst effektiv diversifizieren sollen.

Die im Bestand befindlichen einfach strukturierten Zinsprodukte werden im Rahmen des Kapitalanlagenrisikomanagements einer besonders detaillierten Analyse unterzogen. Abhängig von den Kapitalmarktparametern kann die Risikosteuerung hierbei beispielsweise durch risikomindernde Restrukturierungen strukturierter Schuldscheindarlehen oder Verkäufe der betreffenden Papiere erfolgen – entsprechende Opportunitäten werden regelmäßig geprüft. Trotz der bereits vorgenommenen Restrukturierungen, Veräußerungen und Kündigungen besteht für die bisher noch nicht angepassten variablen Zinskuponphasen der verbleibenden Steepener-Schuldscheindarlehen weiterhin das Risiko einer Nullverzinsung.

Kreditrisiken

Kreditrisiken bestehen für die VERKA PK in der Möglichkeit negativer Bonitätsveränderungen von Emittenten, Geschäftsparteien und anderen Schuldern, wobei die mit festverzinslichen Kapitalanlagen verbundenen Kreditrisiken den größten Stellenwert einnehmen. Im Rahmen der Risikosteuerung kommen verschiedene Instrumente wie Vorgaben zu Ratingklassen und Begrenzungen im Hinblick auf Mischung und Streuung zum Einsatz, um einen hohen Grad an Diversifikation sowie ein ausgewogenes Chance-Risiko-Verhältnis auf Gesamtportfolioebene zu ermöglichen. Neuanlagen im Direktbestand sind dabei grundsätzlich auf Papiere mit Investment-Grade-Rating beschränkt. Durch die bestehenden Spezialfondsmandate mit Schwerpunkten auf Euro-Unternehmensanleihen, europäische Staatsanleihen, internationale Unternehmens- und Wandelanleihen (inkl. eines Segments für Unternehmensanleihen in Emerging Markets) sowie Emerging-Markets-Staatsanleihen wird eine breite Diversifikation erreicht.

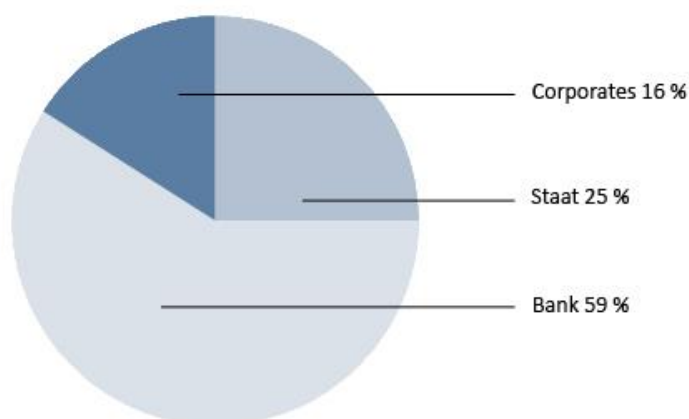
Bei der strategischen Ausrichtung des Portfolios an festverzinslichen Anlagen steht auch eine sukzessive Reduzierung der Financial Exposures weiterhin im Blickpunkt. Bei den Neuanlagen ist zu berücksichtigen, dass die Credit Spreads in vielen Asset Klassen inzwischen so stark gefallen sind, dass eine adäquate Risikoprämie für die übernommenen Bonitätsrisiken oftmals nur noch eingeschränkt oder gar nicht gegeben ist. Vor diesem Hintergrund verfolgt die VERKA PK die

Strategie einer Portfoliooptimierung unter Risiko- und Renditegesichtspunkten und setzt hierbei verstärkt auf alternative Anlageklassen bzw. alternative Anlageregionen, wodurch die Diversifikation der Kreditrisiken weiter verbessert wird. Investitionen in Debt- und Equity-Finanzierungen von Alternative-Energie-Projekten in Entwicklungs- und Schwellenländern, europäische Senior Secured Floating Rate Loans oder auch Fremdfinanzierung von Unternehmensübernahmen ("Leveraged Buy Out" / LBO) ergänzen das Anlageuniversum sinnvoll und erhöhen die Diversifikation innerhalb dieser Anlageklasse.

Die Ratingstruktur des Kapitalanlagenbestandes mit Durchschau bei den Wertpapier-Sondervermögen stellt sich per 31. Dezember 2017 wie folgt dar; bei den nicht gerateten Anlagen handelt es sich weit überwiegend um Immobilienanlagen, Beteiligungen sowie Infrastrukturinvestments:

Ratingklasse	Rating	Buchwert Mio. EUR	Anteil %
	AAA	40,4	7,1
	AA+	28,0	4,9
	AA	32,0	5,7
	AA-	25,2	4,4
AAA bis AA-		125,6	22,1
	A+	61,9	10,9
	A	65,0	11,4
	A-	56,2	9,9
A+ bis A-		183,1	32,2
	BBB+	56,6	9,9
	BBB	71,9	12,6
	BBB-	41,9	7,4
BBB+ bis BBB-		170,4	29,9
Investmentgrade		479,1	84,2
	BB+	8,2	1,4
	BB	8,9	1,6
	BB-	4,6	0,8
BB+ bis BB-		21,7	3,8
	B+	4,5	0,9
	B	3,5	0,6
	B-	1,3	0,2
	CCC-C	0,1	0,0
B+ bis CCC-C		9,4	1,7
Non-Investmentgrade		31,1	5,5
Non rated		58,7	10,3
Summe		568,9	100,0

Der Bestand der verzinslichen Anlagen inkl. Einlagen bei Kreditinstituten wie Tagesgeldern und anderen kurzfristigen Termingeldern (Inhaberschuldverschreibungen einschließlich indirekter Anlagen in Spezial-Sondervermögen, Schuldscheindarlehen inkl. Credit-Linked-Schuldscheindarlehen und Namensschuldverschreibungen; mit Durchschau bei Fonds) verteilt sich per 31. Dezember 2017 wie folgt auf die unterschiedlichen Emittentenklassen:



Liquiditätsrisiken

Eine ausgewogene Laufzeitenstreuung im Rahmen des Durationsmanagements bei festverzinslichen Anlagen ermöglicht auch für die kommenden Jahre eine sichere Liquiditätsplanung und somit eine Minimierung von kurzfristigen Liquiditätsrisiken. Der Anteil der kurzfristigen Festgeldanlagen betrug per 31. Dezember 2017 4,6 % des Vermögens, wodurch eine flexible Disposition gewährleistet ist.

Marktliquiditätsrisiken werden im Anlageprozess der VERKA PK berücksichtigt, indem in Abhängigkeit von der Liquiditätsplanung im Rahmen der Neuanlage ausreichend viele Investments mit hoher Fungibilität ausgewählt werden. Durch eine breite Diversifikation wird die jederzeitige Liquidität auch bei unerwarteter Markttenge in einzelnen Assetklassen gewährleistet.

Operationale Risiken

Operationale Risiken können sich in Form von fehlerhaften Prozessen, organisatorischen Schwachstellen, menschlichen oder technischen Fehlern, externen Einflüssen oder rechtlichen Problemen grundsätzlich in allen Geschäftsbereichen materialisieren. Die Identifikation und Bewertung operativer Risiken erfolgt nach zentralen Vorgaben und mit Unterstützung des Risikomanagements durch die dezentralen Risikoverantwortlichen. Dabei kommen unter anderem Experteninterviews und Szenariotechniken zum Einsatz, die eine frühzeitige Erkennung der Einzelrisiken ermöglichen.

Die Interne Revision führt regelmäßige Prüfungen der in der Geschäftsorganisation etablierten Prozesse und Systeme durch und hilft, diesbezügliche Schwachstellen frühzeitig aufzudecken und damit verbundene operationale Risiken zu reduzieren. Zur Bewältigung von Notfällen und Krisen wird eine umfassende Notfall- und Kontinuitätsplanung als unverzichtbar angesehen, damit die Kontinuität der wichtigsten Unternehmensprozesse und -systeme auf Gesamtunternehmensebene jederzeit gewährleistet ist. Hierbei sind auch die in Krisensituationen notwendigen Organisations-, Entscheidungs- und Kommunikationsstrukturen festzulegen.

Sonstige Risiken

Neben den bereits ausführlich dargestellten Risikoarten werden auch Konzentrationsrisiken, Reputationsrisiken sowie strategische Risiken in den Risikomanagementprozess der VERKA PK einbezogen. Dabei werden wechselseitige Abhängigkeiten, die mit den anderen Risikoarten bestehen, berücksichtigt. Die im Kapitalanlagenportfolio befindlichen einfach strukturierten Steepener-Schuldscheindarlehen, deren Kuponzahlungen in zukünftigen Jahren variabel und von der Steilheit der Zinskurve abhängig sind, stellen eine Risikokonzentration im Hinblick auf Zinsausfallrisiken dar (siehe auch Marktrisiken). Im abgelaufenen Berichtsjahr wurde diese Risikokonzentration deutlich reduziert.

Die Stabilität und die Werthaltigkeit des Unternehmens können mittelfristig nur sichergestellt werden, wenn die VERKA PK über eine erfolgsversprechende Geschäftsstrategie verfügt. Bei der Weiterentwicklung der Geschäftsstrategie der VERKA PK sind strategische Rahmenbedingungen zu beachten, welche sich auch aus den Interessenlagen der Vereinsmitglieder des Aktionärs VERKA VK ergeben. Im Sinne des Aktionärs sollte das Neugeschäft mit möglichst geringen Risiken verbunden und kosteneffizient zu verwalten sein. Diese Anforderungen korrespondieren mit den im Bestandsgeschäft gewonnenen Erfahrungen, dessen Geschäftsentwicklung derzeit von den Aufwänden zur Bildung einer Zinszusatzreserve überlagert und bestimmt wird. Daher sollen im Rahmen der Produktstrategie die Versicherungsprodukte für das Neugeschäft so gestaltet werden, dass die hiermit verbundenen Risiken minimiert werden.

Asset-Liability-Management

Zur bilanziellen Steuerung der zwischen versicherungstechnischen Risiken und Kapitalanlagerisiken bestehenden Wechselwirkungen ist ein wirksames Asset-Liability-Management (ALM) unverzichtbar. Das ALM der VERKA PK verfolgt das Ziel, die jederzeitige Erfüllung der bilanziellen Erfordernisse (Zinsgarantierisiko) sowie der aufsichtsrechtlichen Regelungen (insbesondere Solvabilität, Stresstest) mit einem höchstmöglichen Maß an Sicherheit dauerhaft zu gewährleisten.

Die VERKA PK hat einen stringenten ALM-Ansatz implementiert, der eine detaillierte Analyse der zukünftigen Unternehmensentwicklung ermöglicht. Die ALM-Studien dienen als wesentlicher Ausgangspunkt für die Ableitung einer optimierten Kapitalanlagestrategie und liefern wertvolle Impulse für eine ständige Optimierung des Rendite-Risiko-Profiles auf Gesamtportfolioebene, woraus eine weitere Stabilisierung der Risikotragfähigkeit resultiert. Vor dem Hintergrund der erhöhten Unsicherheiten bezüglich der weiteren Entwicklung der Zinsstrukturkurve richtet die VERKA PK ihren Fokus im Asset-Liability-Management auch auf die Analyse verschiedener Extremszenarien (z. B. anhaltende Niedrigzinsphase, Inflation) und leitet entsprechende Maßnahmen für eine optimierte Unternehmenssteuerung ab. Darüber hinaus liefern die ALM-Studien wesentliche Erkenntnisse für die Entwicklung optimierter Produkte sowie für die Verfolgung einer nachhaltigen Eigenmittelstrategie.

Die Ergebnisse der ALM-Studien und daraus abgeleitete konkrete Handlungsempfehlungen werden im ALM-Komitee, in welchem neben dem Vorstand die Führungskräfte aus den Bereichen Kapitalanlagen, Versicherungsmathematik, Risikomanagement und Rechnungswesen sowie der Verantwortliche Aktuar vertreten sind, ausführlich erörtert.

Zusammenfassende Darstellung der Risikolage

Durch das Risikomanagementsystem der VERKA PK werden wesentliche oder bestandsgefährdende Risiken frühzeitig erkannt. Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass sich gegenwärtig keine Entwicklungen abzeichnen, die den Fortbestand der Gesellschaft bedrohen. Mit einer aufsichtsrechtlichen Solvabilitätsquote von 164,6 % (Vj. 170,0 %) per 31. Dezember 2017 verfügt die Pensionskasse über eine sehr solide Eigenmittelausstattung. Für das laufende Jahr sind nur unwesentliche Veränderungen bei den Eigenmitteln und der Solvabilität zu erwarten. Die Risikotragfähigkeit des aufsichtsrechtlichen Kapitalanlagen-Stresstests (BaFin-Stresstest) ist per 31. Dezember 2017 mit einem positiven Ergebnis in allen vier Szenarien gegeben. Zusätzlich ist zu berücksichtigen, dass die Pensionskasse durch den mit der Muttergesellschaft VERKA VK bestehenden Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrag während dessen Laufzeit gegen unerwartete Risiken abgesichert ist. Durch diesen Risikotransfer wird die Risikotragfähigkeit in den entsprechenden Jahren abgesichert.

Prognose- und Chancenbericht

Die konjunkturellen Aussichten für das Geschäftsjahr 2018 sind weltweit gut, allgemein wird mit einem globalen Wirtschaftswachstum von knapp unter 4 % gerechnet. Die Weltwirtschaft ist durch den immer stärker werdenden Aufschwung in den Industrie- und in den Schwellenländern in einer sehr robusten Verfassung und dürfte auch dem politischen Gegenwind – vor allem aus den USA mit der Diskussion um einen bevorstehenden Handelskrieg mit China und Europa – standhalten. Anlegern wird allgemein geraten, sich hiervon nicht allzu sehr beeinflussen zu lassen. Auch diverse anstehende Wahlen in Italien (Parlamentswahl) oder in den USA (Senat und Repräsentantenhaus) sollten die politische Nachrichtenlage nicht nachhaltig negativ beeinflussen.

In Deutschland konnte die politische Krise nach den Bundestagswahlen im Herbst vergangenen Jahres mit den mehrmonatigen Koalitionsverhandlungen zunächst mit der gescheiterten sogenannten Jamaika-Koalition und danach mit der GroKo (Große Koalition) Anfang März diesen Jahres beendet werden, so dass das politische Berlin nun zum Alltag zurückkehren kann und die Politik damit wieder handlungsfähig wird. Hier gilt es, die politische Führerschaft in Europa gemeinsam mit Frankreich wieder zu aktivieren, um gestärkt die Verhandlungen mit England um den Brexit führen zu können. Erstaunlicherweise wächst in Großbritannien der Widerstand gegen den Ausstieg aus Europa in der Wirtschaft und auch in der Bevölkerung, so dass letztlich auch ein Verbleib der Briten in der Europäischen Union nicht mehr gänzlich undenkbar erscheint. Dies wäre für alle Seiten mehr als nur wünschenswert.

Der breite und robuste Aufschwung in Europa hat die EZB Anfang März erstmals veranlasst, ihre geldpolitische Expansionspolitik etwas zu bremsen. So hat sie verlautbart, dass sie nun nicht mehr bereit ist, den Umfang ihres Wertpapierkaufprogramms künftig gegebenenfalls auszuweiten. Mehr als diese geldpolitische Lockerungsneigung hat die EZB damit allerdings noch nicht aufgegeben: So hielt sie insbesondere daran fest, dass sich die Dauer ihrer Käufe nach dem Erreichen ihres Preisziels richtet. Ein Enddatum für die Wertpapierkäufe benannte sie folglich nicht und betonte, dass umfangreiche geldpolitische Stimuli weiterhin notwendig seien. Auch die Forward Guidance bezüglich der Leitzinsen wurde von der EZB beibehalten. Danach geht die Notenbank davon aus, dass die Leitzinsen „für längere Zeit“ und „weit“ über den Zeithorizont des Kaufprogramms hinaus auf „ihrem aktuellen Niveau“ bleiben werden. Was hinter den Termini „längere“ und „weit“ konkret steht, blieb erneut offen. Damit ist der Leitzinsausblick weiter vage gefasst.

Für die Kapitalmärkte dürfte dies bedeuten, dass das Zinsniveau niedrig bleiben dürfte, wenn auch die langfristigen Zinsen etwas nach oben tendieren und im Verlauf des Jahres vermutlich noch geringfügig steigen könnten. Die Volatilität auf den Märkten dürfte jedoch zunehmen, dies gilt insbesondere auch für die Aktienmärkte.

Die Aussichten für die Lebensversicherungswirtschaft werden von den Marktteilnehmern sehr unterschiedlich bewertet. Der GDV betont ausdrücklich, dass die Lebensversicherung in jedem Falle ein stabiler Baustein der Altersvorsorge in Deutschland bleibt. Mit Blick auf die niedrigen Zinsen und die demografische Entwicklung benötige die Branche allerdings für die weitere Verbreitung der Altersvorsorge neue Impulse aus der Branche selbst und auch aus der Politik. Zurzeit sind Garantieprodukte stark im Rückwärtsgang und Fondsprodukte im Aufwind. Das zu Beginn des Jahres eingeführte Betriebsrentenstärkungsgesetz hat alle Marktteilnehmer auf den Plan gerufen und viele Marktteilnehmer bereiten konkret die Einführung von entsprechenden Produkten vor, die im Verlauf des Jahres auf den Markt gebracht werden sollen. Das vom Gesetzgeber verabschiedete Sozialpartnermodell sieht jedoch in diesem Zusammenhang die enge tarifliche Zusammenarbeit von Arbeitgebern und den Gewerkschaften vor, hier ist es zunächst noch sehr ruhig und die weitere Entwicklung über die ersten Tarifabschlüsse bleibt abzuwarten. Allgemein werden diesem Thema jedoch große Chancen zugetraut und bieten gerade den Pensionskassen und den Pensionsfonds neue Vertriebsmöglichkeiten, die auch genutzt werden sollen. Im Rahmen der branchenweit voranschreitenden Digitalisierung werden diese Produkte dann wahrscheinlich ganz wesentlich über neue Vertriebskanäle und Online-Portale angeboten und vertrieben werden.

Die Anforderungen an das Kapitalanlagenmanagement in den Gesellschaften steigen vor dem Hintergrund des anhaltend niedrigen Zinsumfeldes. Gleichzeitig erhöht sich der Ergebnisdruck aus dem notwendigen Aufbau an Zinszusatzreserve. Die Branche ist bereits seit geraumer Zeit dabei, die starre Methodik der Berechnung dieser Zinszusatzreserve zu entzerren und zu flexibilisieren, ist dabei aber auf die Mithilfe der Aufsicht und der Politik angewiesen. Vorschläge hierzu liegen bereits seit längerem vor und warten auf die politische Diskussion und Entscheidung.

Auch die VERKA PK ist von dem anhaltend niedrigen Zinsumfeld in erheblichem Ausmaß betroffen und rechnet für das kommende Geschäftsjahr mit weiteren signifikanten Belastungen aus der Notwendigkeit der Bildung der Zinszusatzreserve.

Analog zur Branchenentwicklung ist die VERKA PK derzeit dabei, Produkte mit alternativen Garantiekonzepten zu vermarkten. Dies entspricht dem Wunsch der Kunden, betriebliche Altersversorgung künftig auch mit Produkten der fondsgebundenen Lebensversicherung zu unterlegen. Aus dem im vergangenen Jahr verabschiedeten und zum Jahresbeginn wirksam gewordenen Betriebsrentenstärkungsgesetz, lassen sich darüber hinaus vielfältige Ansatzpunkte für die Gestaltung neuer Produkte mit Zielrenten und ohne Garantien ableiten. Die Gesellschaft sieht hier erhebliches Vertriebspotential sowohl im Bereich der Bestandskunden als auch darüber hinaus. Dies gilt zunächst insbesondere für den Bereich der Entgeltumwandlung. Hier ist die Gesellschaft mit vielen Einrichtungen im Bereich der Diakonie und freien Wohlfahrt bereits im intensiven Dialog. Weitergehende Vertriebsaktivitäten mit Produkten mit reiner Beitragszusage hängen davon ab, ob und wann es zu ersten Tarifabschlüssen des auf dem sog. Sozialpartnermodell beruhenden Betriebsrentenstärkungsgesetzes kommt. Auch hier ist die Gesellschaft mit zahlreichen diakonischen Einrichtungen und Arbeitgebern in enger Diskussion. Mit der bereits noch in 2018 geplanten Implementation eines Online-Portals sollen zudem die notwendigen Voraussetzungen geschaffen werden, sowohl Arbeitgebern als auch Arbeitnehmern einen leichteren Zugang zur Gesellschaft zu ermöglichen und künftig elektronisch zu kommunizieren.

Die VERKA PK rechnet im kommenden Geschäftsjahr zunächst noch mit leicht sinkenden laufenden Beitragseinnahmen und mäßig sinkenden Rentenleistungen. In Anbetracht der ab 2019 greifenden Vertriebsaktivitäten rechnet die VERKA PK dann für die Zukunft mit steigenden Beitragseinnahmen.

In Anbetracht der erforderlichen Maßnahmen im Hinblick auf die Umsetzung der Geschäftsstrategie und hierbei insbesondere der Vertriebsmaßnahmen geht die VERKA PK für das kommende Geschäftsjahr von leicht steigenden Verwaltungsaufwendungen aus.

Die Nettoverzinsung aus den Kapitalanlagen wird trotz sinkender Zinserträge in Folge sukzessive weiter leicht zunehmender Erträge aus Beteiligungen in etwa auf dem Niveau des Vorjahres erwartet. Aufgrund der bereits erwähnten weiteren finanziellen Belastungen aus der Bildung der Zinszusatzreserve rechnet die Gesellschaft erneut mit einem Fehlbetrag in etwa auf dem Niveau des Vorjahres. Aufgrund des bestehenden Ergebnisabführungsvertrages wird dieser aber erneut vollständig von der Muttergesellschaft, dem VERKA VK, übernommen.

Jahresabschluss

Bilanz zum 31. Dezember 2017

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2017

Bilanz zum 31. Dezember 2017

AKTIVA	EUR	EUR	EUR	EUR	TEUR
					Vorjahr
A. Kapitalanlagen					
I. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen					
1. Beteiligungen			17.497.118,56		14.820
II. Sonstige Kapitalanlagen					
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere, nicht festverzinsliche Wertpapiere		249.315.065,44			229.604
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		70.368.622,63			64.664
3. Sonstige Ausleihungen					
a) Namensschuldverschreibungen	113.012.738,74				100.814
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	91.973.510,00				110.960
c) Übrige Ausleihungen	422.710,01				423
		205.408.958,75			212.197
4. Einlagen bei Kreditinstituten		26.292.521,99			23.410
			551.385.168,81		529.875
				568.882.287,37	544.695
B. Forderungen					
I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an:					
1. Versicherungsnehmer			256.377,92		184
II. Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft			49.566,24		51
III. Sonstige Forderungen					
davon:					
an verbundene Unternehmen:					
11.492.989,32 EUR (Vj. 18.069.779,62 EUR)					
an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht:					
216.928,74 EUR (Vj. 153.209,79 EUR)			12.375.126,14		18.448
				12.681.070,30	18.683
C. Sonstige Vermögensgegenstände					
I. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand			2.627.143,93		2.068
II. Andere Vermögensgegenstände			1.185.727,23		1.162
				3.812.871,16	3.230
D. Rechnungsabgrenzungsposten					
I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten			3.825.923,33		4.163
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten			0,00		0
				3.825.923,33	4.163
Summe der Aktiva				589.202.152,16	570.771

Ich bescheinige hiermit entsprechend § 128 Abs. 5 VAG, dass die im Sicherungsvermögensverzeichnis aufgeführten Vermögensanlagen den gesetzlichen und aufsichtsbehördlichen Anforderungen gemäß angelegt und vorschriftsmäßig sichergestellt sind.

Frau Schmidt-Köhler und Herr Köhler stehen in keinem verwandtschaftlichen Verhältnis zueinander.

Berlin, den 25. April 2018

Regina Schmidt-Köhler
Treuhanderin

PASSIVA	EUR	EUR	EUR	EUR	TEUR
					Vorjahr
A. Eigenkapital					
I. Eingefordertes Kapital					
Gezeichnetes Kapital		38.000.000,00			38.000
abzüglich nicht eingeforderter ausstehender Einlagen		0,00			0
			38.000.000,00		38.000
II. Kapitalrücklage			73.334,60		73
III. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag			0,00		0
				38.073.334,60	38.073
B. Versicherungstechnische Rückstellungen					
I. Beitragsüberträge			608.805,76		628
II. Deckungsrückstellungen			542.319.135,52		524.435
III. Rückstellungen für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle			1.183.976,50		799
IV. Rückstellungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattungen			781.333,20		781
				544.893.250,98	526.643
C. Andere Rückstellungen					
I. Sonstige Rückstellungen				140.526,00	134
D. Andere Verbindlichkeiten					
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber:					
1. Versicherungsnehmern		2.972.036,79			3.059
2. Versicherungsvermittlern		143.477,56			161
			3.115.514,35		3.220
II. Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft			95.396,36		102
III. Sonstige Verbindlichkeiten			2.884.129,87		2.599
davon:					
gegenüber verbundenen Unternehmen:					
2.763.781,19 EUR (Vj. 2.463.401,83 EUR)					
aus Steuern: 14.642,20 EUR (Vj. 11.428,11 EUR)					
				6.095.040,58	5.921
Summe der Passiva				589.202.152,16	570.771

Es wird bestätigt, dass die in der Bilanz unter dem Posten B.II. der Passiva eingestellte Deckungsrückstellung unter Beachtung des § 341f HGB sowie unter Beachtung der auf Grund des § 235 Absatz 1 Nummer 4 bis 7 VAG erlassenen Rechtsverordnung berechnet worden ist; für den Altbestand im Sinne des § 336 in Verbindung mit § 233 Absatz 3 Satz 2 VAG ist die Deckungsrückstellung nach dem zuletzt am 19. Dezember 2017 genehmigten Geschäftsplan berechnet worden.

Berlin, den 25. April 2018

Arnd Köhler
Verantwortlicher Aktuar

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2017

	EUR	EUR	EUR	TEUR
				Vorjahr
I. Versicherungstechnische Rechnung				
1. Verdiente Beiträge für eigene Rechnung				
a) Gebuchte Bruttobeiträge	13.127.070,64			14.654
b) Abgegebene Rückversicherungsbeiträge	169.948,23			168
		12.957.122,41		14.486
c) Veränderung der Bruttobeitragsüberträge		19.077,16		5
			12.976.199,57	14.491
2. Beiträge aus der Brutto-Rückstellung für Beitragsrückerstattung			105.056,75	77
3. Erträge aus Kapitalanlagen				
a) Erträge aus Beteiligungen		493.277,73		386
b) Erträge aus anderen Kapitalanlagen				
aa) Erträge aus anderen Kapitalanlagen		15.902.109,81		15.273
c) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen		245.822,60		279
			16.641.210,14	15.939
4. Sonstige versicherungstechnische Erträge für eigene Rechnung			5.490,20	13
5. Aufwendungen für Versicherungsfälle für eigene Rechnung				
a) Zahlungen für Versicherungsfälle				
aa) Bruttobetrag	20.255.848,00			19.113
bb) Anteil der Rückversicherer	57.270,56			25
		20.198.577,44		19.088
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle		385.416,14		100
			20.583.993,58	18.988
6. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen				
a) Deckungsrückstellung			17.883.955,55	26.969
7. Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattungen für eigene Rechnung			156.185,14	117
8. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb für eigene Rechnung				
a) Abschlussaufwendungen	604.742,48			607
b) Verwaltungsaufwendungen	999.361,02			886
		1.604.103,50		1.493
c) davon ab: erhaltene Provisionen und Gewinnbeteiligungen aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft		22.349,30		-35
			1.581.754,20	1.458
9. Aufwendungen für Kapitalanlagen				
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen		288.286,80		301
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen		88.504,07		61
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen		45.200,00		212
			421.990,87	574
10. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen für eigene Rechnung			6.131,89	5
11. Versicherungstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung			-10.906.054,57	-17.592
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung				
1. Sonstige Erträge		168.083,55		116
2. Sonstige Aufwendungen		754.013,94		594
			-585.930,39	-478
3. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			-11.491.984,96	-18.070
4. Erträge aus Verlustübernahme			11.491.984,96	18.070
5. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag			<u>0,00</u>	<u>0</u>

Anhang

Erläuterungen

Erläuterungen zur Bilanz

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Sonstige Angaben

Erläuterungen

Allgemeine Angaben zum Jahresabschluss

Die Gesellschaft VERKA PK Kirchliche Pensionskasse AG mit Sitz in Berlin ist im Handelsregister des Amtsgerichtes Charlottenburg (Berlin) unter der Registernummer HRB 83907 registriert.

Der vorliegende Jahresabschluss wurde gemäß dem Handelsgesetzbuch (HGB), der Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen (RechVersV), des Versicherungsaufsichtsgesetzes (VAG) sowie nach den einschlägigen Vorschriften des Aktiengesetzes (AktG) aufgestellt.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die **Beteiligungen** werden nach dem gemilderten Niederstwertprinzip mit den Anschaffungskosten, vermindert um erforderliche Wertberichtigungen, bewertet.

Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere werden grundsätzlich mit den Anschaffungskosten angesetzt. Die Bewertung erfolgt in Abhängigkeit von der Zuordnung zum Anlagevermögen oder Umlaufvermögen. Für das Umlaufvermögen erfolgen Abschreibungen auf den Stichtagskurs, sofern der Zeitwert unter dem Buchwert liegt (strenges Niederstwertprinzip). Im umgekehrten Fall erfolgen Zuschreibungen maximal bis zu den Anschaffungskosten. Für die Vermögensteile, die dem Anlagevermögen zugeordnet sind, wird entsprechend dem gemilderten Niederstwertprinzip überprüft, ob dauerhafte Wertminderungen vorliegen. Das Wahlrecht zur Abschreibung bei voraussichtlich vorübergehender Wertminderung bei den Investmentanteilen und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren wurde nicht ausgeübt und Abschreibungen in Höhe von 2.073 TEUR nicht vorgenommen.

Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere werden grundsätzlich mit den Anschaffungskosten angesetzt. Die Bewertung erfolgt in Abhängigkeit von der Zuordnung zum Anlagevermögen oder Umlaufvermögen. Für das Umlaufvermögen erfolgen Abschreibungen auf den Stichtagskurs, sofern der Zeitwert unter dem Buchwert liegt (strenges Niederstwertprinzip). Im umgekehrten Fall erfolgen Zuschreibungen maximal bis zu den Anschaffungskosten. Für die Vermögensteile, die dem Anlagevermögen zugeordnet sind, wird entsprechend dem gemilderten Niederstwertprinzip überprüft, ob dauerhafte Wertminderungen vorliegen. Das Wahlrecht zur Abschreibung bei voraussichtlich vorübergehender Wertminderung bei den Inhaberschuldverschreibungen wurde nicht ausgeübt und Abschreibungen in Höhe von 411 TEUR nicht vorgenommen. Die Bewertung der Zero-Inhaberschuldverschreibungen erfolgt zu Anschaffungskosten zuzüglich der als realisiert geltenden Zinsen.

Namenschuldverschreibungen werden grundsätzlich in Höhe ihres Nennwertes ausgewiesen und nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet. Beim Kauf von Namensschuldverschreibungen anfallende Disagio- oder Agiobeträge werden entsprechend der tatsächlichen Laufzeit auf die

künftigen Jahre verteilt. Die Bewertung der Zero-Namensschuldverschreibungen erfolgt zu Anschaffungskosten zuzüglich der als realisiert geltenden Zinsen.

Schuldscheinforderungen und Darlehen werden mit den Anschaffungskosten angesetzt und nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet.

Übrige Ausleihungen werden mit den Anschaffungskosten angesetzt und nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet.

Die Bewertung von **Einlagen bei Kreditinstituten** erfolgt mit dem Nennwert.

Die **Forderungen an Versicherungsnehmer** sind mit ihrem Nennwert bilanziert.

Die **Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft** werden mit dem Nennwert ausgewiesen.

Die **sonstigen Forderungen** sind mit ihrem Nennwert bilanziert.

Laufende Guthaben bei Kreditinstituten und Kassenbestand sowie **andere Vermögensgegenstände** sind mit dem Nennwert bewertet. In den anderen Vermögensgegenständen sind ausschließlich vorgezahlte Rentenleistungen enthalten.

Die unter den **aktiven Rechnungsabgrenzungsposten** ausgewiesenen noch nicht fälligen Zinsen werden zum Nominalwert bilanziert.

Das **Eigenkapital** wird zum Nennwert bilanziert.

Die Bilanzierung und Bewertung der **versicherungstechnischen Rückstellungen** erfolgte unter Beachtung der §§ 341e bis 341h HGB.

Die Beitragsüberträge werden für jeden Versicherungsvertrag einzeln unter Berücksichtigung der jeweiligen **Beitragsfälligkeit** ermittelt.

Die **Deckungsrückstellung** wird gemäß §§ 341f Abs. 1, 252 Abs. 1 HGB einzelvertraglich nach der prospektiven Methode unter impliziter Berücksichtigung der Kosten ermittelt; sie umfasst auch die Verwaltungskostenrückstellung für beitragsfreie Versicherungszeiten. Die Verpflichtungen aus Versicherungsverhältnissen werden mit den Rechnungsgrundlagen der Prämienkalkulation bewertet, sofern diese mit der Rententafel DAV 2004 R durchgeführt wurde. Anderenfalls wird die Bewertung auf der Basis der Rententafel DAV 2004 R-Bestand unter Berücksichtigung der Trendempfehlung der Deutschen Aktuarvereinigung e. V. für das Jahr 2017 vorgenommen. Der Rechnungszins beträgt für den Altbestand einheitlich 3,50 %. In den Geschäftsplan wurden zur Bildung einer Zinszusatzreserve Vorschriften analog zur Deckungsrückstellungsverordnung (DeckRV) und ein Referenzzins zum 31. Dezember 2017 in Höhe von 2,40 % aufgenommen. Der Referenzzinssatz lag zum 31. Dezember 2017 unterhalb des verwendeten Rechnungszinses. Dementsprechend wurde im Altbestand zum 31. Dezember 2017 eine Zinszusatzreserve in Höhe von 38,1 Mio. EUR gestellt. Im Neubestand wird je Versicherungsverhältnis der Höchstzinssatz gemäß § 2 DeckRV in der jeweils zur Begründung gültigen Fassung verwendet. Der Referenzzins für den Neubestand gemäß DeckRV betrug 2,21 %. Deswegen war zum 31. Dezember 2017 eine Zinszusatzreserve für die Teilbestände mit einem verwendeten Rechnungszins von 3,25 %, 2,75 % und 2,25 % in Höhe von 16,0 Mio. EUR

zu bilden. Sowohl im Alt- als auch im Neubestand wurden bei der Ermittlung der Zinszusatzreserve, die für die nächsten bis zu fünfzehn Jahre gebildet wird, Kapitalwahlwahrscheinlichkeiten zum vereinbarten Altersrentenbeginn berücksichtigt. Das Invaliditätsrisiko wird auf der Grundlage der Tafeln DAV 1997 I, TI, RI sowie DAV 1998 E, TE und RE bewertet. Die Deckungsrückstellung für seit dem 21. Dezember 2012 begründete Versicherungsverhältnisse wird genau wie die Prämienkalkulation mit einem geschlechtsunabhängigen Ansatz bewertet. Die so ermittelte Deckungsrückstellung ist zum 31. Dezember 2017 nicht kleiner als eine geschlechtsspezifisch ermittelte. Die Verwaltungskosten werden grundsätzlich als Zuschlag der versicherten Renten angesetzt, wobei die in den Geschäftsunterlagen festgelegten rechnungsmäßigen Sätze berücksichtigt werden.

Die **Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle** wird grundsätzlich einzelvertraglich für die am Bilanzstichtag bekannten, aber noch nicht abschließend regulierten Versicherungsfälle sowie pauschal für bis zum Abschlussstichtag eingetretene, aber noch nicht gemeldete Versicherungsfälle ermittelt und in Höhe des Risikokapitals zuzüglich der bereits fällig gewordenen, aber noch nicht ausgezahlten Leistungen bilanziert. Schadenregulierungsaufwendungen werden pauschal mit 2 % der Rückstellung angesetzt.

Die Höhe der **Rückstellung für Beitragsrückerstattung** ergibt sich aus dem Vorjahreswert abzüglich Entnahmen für Überschussbeteiligung und zuzüglich Zuführung aus dem Überschuss des Geschäftsjahres.

Die **sonstigen Rückstellungen** wurden in Höhe des Erfüllungsbetrages angesetzt, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist.

Die **Verbindlichkeiten gegenüber Versicherungsnehmern und gegenüber Versicherungsvermittlern** sind mit ihrem Erfüllungsbetrag angesetzt.

Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft werden in Höhe des Erfüllungsbetrages ausgewiesen.

Die **sonstigen Verbindlichkeiten** sind mit ihrem Erfüllungsbetrag angesetzt.

Erläuterungen zur Bilanz

Entwicklung der Aktivposten A.I. und A.II. im Geschäftsjahr 2017

Aktivposten	Bilanzwerte Vorjahr	Zugänge	Abgänge	Zu- schreibungen	Ab- schreibungen	Bilanzwerte Geschäftsjahr
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
A.I. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen						
1. Beteiligungen	14.820	3.085	319	0	89	17.497
A.II. Sonstige Kapitalanlagen						
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	229.604	22.854	3.143	0	0	249.315
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	64.664	6.750	1.045	0	0	70.369
3. Sonstige Ausleihungen						
a) Namensschuldverschreibungen	100.814	17.699	5.500	0	0	113.013
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	110.960	0	18.986	0	0	91.974
c) Übrige Ausleihungen	423	0	0	0	0	423
4. Einlagen bei Kreditinstituten	23.410	2.881	0	0	0	26.291
5. Summe A.II.	529.875	50.184	28.674	0	0	551.385
Insgesamt	544.695	53.269	28.993	0	89	568.882

Zeitwert der Kapitalanlagen gemäß § 54 RechVersV

Kapitalanlagenart	Zeitwerte 31.12.2017	Buchwerte 31.12.2017	Bewertungs- reserven
	TEUR	TEUR	TEUR
A.I. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen			
1. Beteiligungen	18.843	17.497	1.346
A.II. Sonstige Kapitalanlagen			
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	256.894	249.315	7.579
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	79.835	70.369	9.466
3. Sonstige Ausleihungen			
a) Namensschuldverschreibungen	118.347	113.013	5.334
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	96.976	91.974	5.002
c) Übrige Ausleihungen	416	423	-7
4. Einlagen bei Kreditinstituten sowie andere Kapitalanlagen	26.291	26.291	0
5. Summe A.II.	578.759	551.385	27.374
Insgesamt	597.602	568.882	28.720

Die Ermittlung der Zeitwerte der Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen erfolgt mit ihrem Ertragswert. Die Wertminderungen der Beteiligungen an der German Access Fund L.P. sowie der Private Capital Pool SICAV SIF Teilfonds XVII in Höhe von insgesamt 0,1 Mio. EUR resultieren jeweils aus den vergleichsweise hohen Anlaufkosten der Investments im Verhältnis zu den noch nicht voll abgerufenen Beteiligungswerten, da die Fees bei derartigen Investments üblicherweise auch bereits während der Investitionsphase auf die vollen Zeichnungsbeträge berechnet werden, die jedoch erst in den kommenden Monaten und Jahren gänzlich abgerufen sein werden. Daher wird davon ausgegangen, dass die Wertminderungen nicht dauerhaft sind, so dass keine Abschreibungen vorgenommen wurden.

Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere sind zu Börsenkursen bewertet. Diese Kapitalanlagen sind gemäß § 341b Abs. 2 HGB dem Anlagevermögen zugeordnet. Abschreibungen auf die niedrigeren beizulegenden Zeitwerte gemäß § 253 Abs. 3 Satz 5 HGB sind in Höhe von insgesamt 2,1 Mio. EUR auf Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere mit einem Buchwert von insgesamt 57,9 Mio. EUR nicht vorgenommen worden, da die Wertminderungen weit überwiegend aus der Ausschüttung von ordentlichen Fondserträgen und in einem Fall aus temporären Wechselkursschwankungen und vergleichsweise hohen Anlaufkosten resultieren und voraussichtlich nicht von Dauer waren. Die negativen Bewertungsreserven wurden innerhalb des ersten Quartals 2018 teilweise bereits wieder aufgeholt.

Die Bewertung der Inhaberschuldverschreibungen und anderer festverzinslicher Wertpapiere erfolgt mit dem Renditekurs, sofern ein Börsenkurs nicht vorliegt. Inhaberschuldverschreibungen mit einem Buchwert von 70,4 Mio. EUR sind gemäß § 341b Abs. 2 HGB dem Anlagevermögen zugeordnet. Abschreibungen auf den Zeitwert sind in Höhe von 0,4 Mio. EUR auf Anleihen mit einem Buchwert von 15,0 Mio. EUR nicht vorgenommen worden, da die Wertminderungen in Anbetracht der bestehenden Kapitalgarantien voraussichtlich nicht von Dauer waren und ausschließlich aus der Zins- bzw. Spreadentwicklung ohne bonitätsbedingte Einflüsse resultierten.

Sonstige Ausleihungen sind mit dem Renditekurs bewertet, sofern ein Börsenkurs nicht vorliegt. Abschreibungen auf den Renditekurs sind in Höhe von 3,2 Mio. EUR auf Sonstige Ausleihungen mit einem Buchwert von 58,3 Mio. EUR nicht vorgenommen worden, da die Wertminderungen in Anbetracht der bestehenden Kapitalgarantien voraussichtlich nicht von Dauer waren und ausschließlich aus der Zins- bzw. Spreadentwicklung ohne bonitätsbedingte Einflüsse resultierten.

In die Überschussbeteiligung einzubeziehende Kapitalanlagen gemäß § 54 RechVersV

Zur Ermittlung der verteilungsfähigen Bewertungsreserven sind sämtliche Kapitalanlagen zu berücksichtigen. Die Gegenüberstellung der Zeitwerte der Kapitalanlagen mit den fortgeführten Anschaffungskosten ergibt per 31. Dezember 2017 einen Saldo in Höhe von 28,7 Mio. EUR.

Anteile am verbundenen Unternehmen und Beteiligungen

	Anteil	Eigenkapital 2017	Jahresergebnis 2017
	%	TEUR	TEUR
Private Capital Pool SICAV-SIF (S.A.) Teilfonds X, Findel-Golf, Luxemburg	0,81	241.208	9.928
Private Capital Pool SICAV-SIF (S.A.) Teilfonds XIII, Findel-Golf, Luxemburg	0,76	526.400	4.607
Private Capital Pool SICAV-SIF (S.A.) Teilfonds XVII, Findel-Golf, Luxemburg	1,04	157.984	-4.187
DB Global Infrastructure Fund SICAV-FIS, Luxemburg	3,11	36.001	1.258
German Access Fund L.P. (GAF), London, Großbritannien	0,41	96.274	-1.073
Lampe Mezzanine Fonds I GIKG GmbH & Co. KG, Düsseldorf	0,57	34.975	1.901
SUSI Energy Efficiency Fund (EUR), Munsbach, Luxemburg	1,02	131.147	1.493
European Solar Power Fund Nr. 1 GmbH & Co. KG, Grünwald	0,93	193.798	14.422
European Sustainable Power Fund Nr. 2 GmbH & Co. KG, Grünwald	0,75	463.474	20.536

Anteile an Investmentvermögen

Anlageschwerpunkt	Aktien global	Aktien Europa	Wandelanleihen/Renten gemischt	Staatsanleihen Europa
Anlagevehikel bzw. Rechtsform	Inländisches Wertpapier-Spezial-Sondervermögen	Inländisches Wertpapier-Spezial-Sondervermögen	Inländisches Wertpapier-Spezial-Sondervermögen	Inländisches Wertpapier-Spezial-Sondervermögen
Buchwert 31.12.2017 TEUR	45.228	11.000	43.128	52.074
Marktwert 31.12.2017 TEUR	47.092	10.946	45.365	52.960
Bewertungsreserve 31.12.2017 TEUR	1.864	-54	2.237	886
Abschreibung / Zuschreibung 2017 TEUR	0	0	0	0
Ertragsausschüttungen 2017 TEUR	967	0	919	1.123
Anlageziel und Anlagekonzept	Positive Aktienperformance (60 % MSCI Europe Select SRI, 40 % MSCI World Select SRI) bei gleichzeitiger Minimierung des Kursverlustrisikos durch Steuerung des Investitionsgrades in Abhängigkeit von der Volatilität mit langfristigem Optionssicherungskonzept, Ausschluss von Fremdwährungsrisiken durch Devisentermingeschäfte, strikte Beachtung von Nachhaltigkeitskriterien	Positive Performance aus einem Portfolio europäischer Aktien mit Fokus auf dividendenstarken Titeln mit einer Zielrendite von 3,5 % p. a. bei gleichzeitiger Minimierung des Kursverlustrisikos durch Steuerung des Investitionsgrades unter Berücksichtigung einer Wertsicherungsgrenze, Ausschluss von Fremdwährungsrisiken durch Devisentermingeschäfte, strikte Beachtung von Nachhaltigkeitskriterien	Positive Performance von mindestens 3,5 % p. a. aus einem gemischten Wertpapierportfolio (ca. 40 % in globalen Wandelanleihen einschließlich synthetischer Wandelanleihen bei gleichzeitiger Minimierung des Kursverlustrisikos durch Vorgabe einer Wertuntergrenze, jeweils ca. 30 % in globalen Unternehmensanleihen und Emerging-Markets-Unternehmensanleihen), Absicherung von Fremdwährungsrisiken, strikte Beachtung von Nachhaltigkeitskriterien	Rendite von mindestens 4,0 % p. a. aus einem europäischen Staatsanleihenportfolio einschließlich staatsnaher Unternehmen mit deutlichem Schwerpunkt auf Anleihen mit Investment-Grade-Rating, Ausschluss von Fremdwährungsrisiken durch Beschränkung auf EUR-Anleihen bzw. Absicherung von USD-Positionen zur Beimischung durch Devisentermingeschäften, Berücksichtigung von Nachhaltigkeitskriterien
Anteilerückgabe	Täglich unbeschränkt möglich	Täglich unbeschränkt möglich	Täglich unbeschränkt möglich	Täglich unbeschränkt möglich

Anlageschwerpunkt	EUR-Unternehmensanleihen	Staatsanleihen Emerging Markets	Timber-Immobilien/ Beteiligungen global
Anlagevehikel bzw. Rechtsform	Inländisches Wertpapier- Spezial-Sondervermögen	Inländisches Wertpapier- Spezial-Sondervermögen	Luxemburgische SICAF- SIF (Aktiengesellschaft)
Buchwert 31.12.2017 TEUR	39.706	30.626	4.268
Marktwert 31.12.2017 TEUR	43.583	28.969	4.188
Bewertungsreserve 31.12.2017 TEUR	3.877	-1.657	-80
Abschreibung / Zuschreibung 2017 TEUR	0	0	0
Ertragsausschüttungen 2017 TEUR	607	1.069	49
Anlageziel und Anlagekonzept	Rendite von mindestens 4,0% p. a. aus einem europäischen Unternehmensanleihen- portfolio mit deutlichem Schwerpunkt auf Anleihen mit Investment-Grade- Rating, Ausschluss von Fremdwährungsrisiken durch Beschränkung auf EUR-Anleihen bzw. Absicherung von USD-Positionen zur Beimischung durch Devisentermingeschäfte, strikte Beachtung von Nachhaltigkeitskriterien	Rendite von mindestens 5,0 % p. a. aus einem Emerging-Markets- Staatsanleihenportfolio einschließlich staatsnaher Unternehmen mit Schwerpunkt auf Anleihen mit Investment-Grade- Rating und Berücksichtigung von ESG-Ratings, Ausschluss von Fremdwährungsrisiken durch Devisentermin- geschäfte	Partizipation an der positiven Wertentwicklung von Immobilien aus dem Waldsektor in Australien, Finnland und Schottland sowie Generierung von Einnahmen aus der Vermietung bzw. Verpachtung der Immobilien; daneben wird die Teilhabe an den Ergebnissen von Bewirtschaftungs- gesellschaften aus dem Wald- und Forstsektor ermöglicht, Berücksichtigung von Nachhaltigkeitskriterien
Anteilrückgabe	Täglich unbeschränkt möglich	Täglich unbeschränkt möglich	Bei hinreichender Liquidität kurzfristig möglich, ansonsten vertraglich nach spätestens zwei Jahren

Latente Steuern

Die aktiven latenten Steuern resultieren im Wesentlichen aus unterschiedlichen Wertansätzen der Investmentvermögen. Passive latente Steuern ergeben sich nur in geringem Umfang. Der zur Berechnung der latenten Steuern ermittelte Steuersatz beträgt 30 %. Der sich hieraus errechnete aktive Überhang an aktiven latenten Steuern wurde nach dem Wahlrecht des § 274 HGB nicht aktiviert.

Gezeichnetes Kapital

Das Eigenkapital in Höhe von 38 Mio. EUR verteilt sich auf 38.000.000 Stück nennwertlose Namensaktien.

Kapitalrücklage

Die Kapitalrücklage beträgt unverändert analog dem Vorjahr 73 TEUR, es wurden während des Geschäftsjahres keine Beträge entnommen bzw. eingestellt.

Deckungsrückstellung

Die Deckungsrückstellung entwickelte sich wie folgt:

	TEUR
Stand 31.12.2016	524.435
Zuführung	17.884
Stand 31.12.2017	542.319

Rückstellung für Beitragsrückerstattung

Die Rückstellung für Beitragsrückerstattung entwickelte sich wie folgt:

	TEUR
Stand 31.12.2016	781
Entnahme	156
Zuführung	156
Stand 31.12.2017	781

Die Rückstellung für Beitragsrückerstattung gliedert sich wie folgt:

	TEUR
a) bereits festgelegte, aber noch nicht zugeteilte laufende Überschussanteile	590
b) bereits festgelegte, aber noch nicht zugeteilte Schlussüberschussanteile und Schlusszahlungen	0
c) bereits festgelegte, aber noch nicht zugeteilte Beträge für die Mindestbeteiligung an den Bewertungsreserven	0
d) bereits festgelegte, aber noch nicht zugeteilte Beträge für die Beteiligung an den Bewertungsreserven (ohne c))	191
e) Teil des Schlussüberschussanteilsfonds, der für die Finanzierung von Gewinnrenten zurückgestellt wird (ohne a))	0
f) Teil des Schlussüberschussanteilsfonds, der für die Finanzierung von Schlussüberschussanteilen und Schlusszahlungen zurückgestellt wird (ohne b) und e))	0
g) Teil des Schlussüberschussanteilsfonds, der für die Mindestbeteiligung an den Bewertungsreserven zurückgestellt wird (ohne c))	0
h) ungebundener Teil der Rückstellung für Beitragsrückerstattung (ohne a) bis g))	0
Stand 31.12.2017	781

Sonstige Rückstellungen

In den sonstigen Rückstellungen sind überwiegend Beträge für Jahresabschlussarbeiten enthalten.

Andere Verbindlichkeiten

Alle Verbindlichkeiten haben analog dem Vorjahr eine Restlaufzeit von weniger als 5 Jahren.

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Gebuchte Beiträge für eigene Rechnung

	TEUR
Laufende Beiträge	8.412
Einmalbeiträge	4.715
	13.127

Die Beiträge entfallen fast ausschließlich auf Pensionsversicherungen im Kollektivgeschäft; der Anteil der Einzelversicherungen ist von untergeordneter Bedeutung. Die Beiträge betreffen ausschließlich Verträge mit Gewinnbeteiligung und werden ausschließlich im Inland erwirtschaftet.

Aufwendungen für Kapitalanlagen

Die Abschreibungen setzen sich wie folgt zusammen:

	TEUR
Außerplanmäßige Abschreibungen auf Anlagevermögen	89
Planmäßige Abschreibungen auf Anlagevermögen	0
	89

Provisionen und Personalaufwendungen

Provisionen und sonstige Bezüge der Vertreter, Personalaufwendungen	Vorjahr	Geschäftsjahr
	TEUR	TEUR
1. Provisionen jeglicher Art der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft	236	203
2. Löhne und Gehälter	0	0
3. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	0	0
4. Aufwendungen für Altersversorgung	0	0
5. Aufwendungen insgesamt	236	203

Rückversicherungssaldo

Der Rückversicherungssaldo in 2017 beträgt 91 TEUR.

		Geschäftsjahr
		TEUR
Verdiente Beiträge des Rückversicherers		170
Anteile des Rückversicherers an den Bruttoaufwendungen für Versicherungsfälle	./.	57
Anteile des Rückversicherers an den Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb	./.	22
		91

Ertrag aus Verlustübernahme

Im Geschäftsjahr ist gemäß Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrag ein Ertrag aus Verlustübernahme in Höhe von 11.492 TEUR (Vj. 18.070 TEUR) entstanden, darin enthalten ist eine Steuerumlage in Höhe von 0 TEUR (Vj. 1.024 TEUR).

Sonstige Angaben

Funktionsausgliederungsverträge

Die Verwaltung der VERKA PK erfolgt durch den VERKA VK. Die Abrechnung erfolgt gemäß dem Funktionsausgliederungsvertrag in Höhe von 2.764 TEUR.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen und Haftungsverhältnisse

Folgende Tabelle stellt die zum Bilanzstichtag noch offenen Kapital- bzw. Zeichnungszusagen der VERKA PK dar:

	Zeichnungs- volumen	Bis 31.12.2017 erfolgte Kapitalabrufe kumuliert	Investitionsstand per 31.12.2017	Offene Kapitalzusage
	Mio. EUR	Mio. EUR	%	Mio. EUR
Private Capital Pool SICAV-SIF (S.A.) Teilfonds X	2,2	2,0	90	0,2
Private Capital Pool SICAV-SIF (S.A.) Teilfonds XIII	5,0	4,0	80	1,0
Private Capital Pool SICAV-SIF (S.A.) Teilfonds XVII	5,0	1,6	32	3,4
Aquila Sachwert-Basisfonds I (Wald) S.A., SICAV-SIF	4,5	4,3	95	0,2
DB Global Infrastructure Fund SICAV-FIS	2,9	2,0	70	0,9
UII-Fonds Hotel Nr. 1	5,7	3,4	59	2,3
Lampe Mezzanine Fonds I GIKG GmbH & Co. KG	1,1	0,5	46	0,6
EB - Renewable Energy Fund Emerging Markets	1,0	0,5	50	0,5
SUSI Energy Efficiency Fund (EUR)	2,5	2,0	81	0,5
German Access Fund L.P.	2,0	1,3	63	0,7
Commerz Real Institutional Smart Living Fund	5,0	0,9	18	4,1
Alpha European Private Dep SA	3,0	1,2	40	1,8
Europe II S.A. SICAV-SIF	5,0	0,0	0	5,0

Aus der Bilanz nicht ersichtliche Haftungsverhältnisse sowie Eventualverbindlichkeiten aus Bürgschaften, Garantieverträgen und Wechseln bestehen nicht.

Arbeitnehmer

Die Gesellschaft beschäftigte im Berichtsjahr keine Arbeitnehmer.

Angaben zum Aufsichtsrat

Dr. Rolf Krämer, Hemmingen

Vorsitzender

Juristischer Vizepräsident,
Landeskirchenamt der
Evangelisch-
lutherischen Landeskirche
Hannovers, Hannover

Dr. Volker Knöppel, Naumburg

stellv. Vorsitzender

(bis 23. Februar 2018)

Vizepräsident,
Evangelische Kirche von
Kurahessen-Waldeck, Kassel

Birgit Adamek, Berlin

Juristin,

Evangelisches Werk für Diakonie
und Entwicklung e. V., Berlin

Karin Kessel, Speyer

Oberkirchenrätin,

Evangelische Kirche der Pfalz,
Speyer

Olaf Johannes Mirgeler,

Schwerin

Oberkirchenrat,
Evangelisch-Lutherische Kirche in
Norddeutschland, Schwerin

Anke Poersch, Berlin

Oberkonsistorialrätin,
Evangelische Kirche Berlin-
Brandenburg-schlesische
Oberlausitz, Berlin

Die Mitglieder des Aufsichtsrates erhielten für ihre Tätigkeit eine Vergütung in Höhe von 3 TEUR (Vj. 3 TEUR).

Angaben zum Vorstand

Dem Vorstand gehörten im Berichtsjahr folgende Personen an:

Dipl.-Math. Ulrich Remmert, Mitglied des Vorstandes Versicherungstechnik, Berlin

Dipl.-Kfm. Ewald Stephan, Mitglied des Vorstandes Kapitalanlagen, Berlin

Konzernangaben

Die Gesellschaft ist ein Tochterunternehmen des VERKA VK Kirchliche Vorsorge VVaG mit Sitz in Berlin und wird in dessen Konzernabschluss einbezogen. Der Konzernabschluss des VERKA VK wird gemäß den geltenden gesetzlichen Bestimmungen beim elektronischen Bundesanzeiger eingereicht und dort bekannt gemacht.

Der VERKA VK stellt den Konzernabschluss für den größten und kleinsten Kreis von Unternehmen auf.

Abschlussprüferhonorar

Im Geschäftsjahr sind für Abschlussprüfungsleistungen 58 TEUR als Aufwendungen erfasst.

Jahresergebnis

Auf Grund des Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrages mit dem VERKA VK entstand durch den Ertrag aus Verlustübernahme in Höhe von 11,5 Mio. EUR (Vj. 18,1 Mio. EUR) ein ausgeglichenes Jahresergebnis. Eine Entscheidung des Vorstandes über die Verwendung des Jahresüberschusses war nicht notwendig.

Berlin, den 25. April 2018

Der Vorstand

Ulrich Remmert

Ewald Stephan

Bestätigungsvermerk

An die VERKA PK Kirchliche Pensionskasse AG, Berlin

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der VERKA PK Kirchliche Pensionskasse AG, Berlin, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2017 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der VERKA PK Kirchliche Pensionskasse AG für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2017 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt "Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts" unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen den Geschäftsbericht – ohne weitergehende Querverweise auf externe Informationen –, mit Ausnahme des geprüften Jahresabschlusses, des geprüften Lageberichts sowie unseres Bestätigungsvermerks.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, zum Lagebericht oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage

dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Berlin, den 25. April 2018

PricewaterhouseCoopers GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Alexander Hofmann
Wirtschaftsprüfer

ppa. Sören Kreißl
Wirtschaftsprüfer

Bericht des Aufsichtsrates

Der Aufsichtsrat hat die laufende Geschäftsführung des Vorstandes intensiv überwacht und sich in vier Sitzungen mit dem Vorstand beraten. Zwischen den Sitzungen ließ sich der Aufsichtsrat vom Vorstand durch schriftliche Berichte über Lage und aktuelle Entwicklungen der Gesellschaft informieren. Er hat den Vorstand regelmäßig überwacht, beraten und sich in Entscheidungen von grundlegender Bedeutung für das Unternehmen angemessen einbinden lassen. Aufgrund des turnusgemäßen Endes der Amtszeit des Aufsichtsrates wurden die Mitglieder des Gremiums durch die Hauptversammlung für eine neue Amtszeit gewählt.

Des Weiteren hat sich der Aufsichtsrat eingehend mit der strategischen und operativen Unternehmensplanung sowie der mittelfristigen Unternehmensentwicklung befasst. Die aktuellen und anstehenden wesentlichen Projekte und Vorhaben sowie die Überlegungen zur zukünftigen Geschäftsstrategie hat sich der Aufsichtsrat vom Vorstand berichten lassen und umfassend behandelt. Geschäfte, die auf Grund gesetzlicher oder satzungsmäßiger Vorschriften der Zustimmung des Aufsichtsrats bedürfen, wurden vor der Beschlussfassung eingehend beraten. Die einzelnen Themen hat der Aufsichtsrat jeweils ausführlich hinterfragt, im Plenum diskutiert und beurteilt. Dies schloss die zeitnahe Unterrichtung über die Risikolage und das Risikomanagement ein. Im Mittelpunkt der Beratungen des Plenums des Aufsichtsrates standen Fragen des Wettbewerbs, der Produktgestaltung, des Vertriebs sowie der Umsatz-, Kosten- und Ertragsentwicklung sowie insbesondere der Notwendigkeit der Bildung von Zinszusatzreserve und deren Entwicklung in den nächsten Jahren.

In der Bilanzsitzung am 17. Mai 2018 hat der Verantwortliche Aktuar über die wesentlichen Ergebnisse seines Erläuterungsberichts zur versicherungsmathematischen Bestätigung berichtet. Aufgrund seiner Untersuchungsergebnisse hat der Verantwortliche Aktuar eine uneingeschränkte versicherungsmathematische Bestätigung gemäß § 141 Absatz 5 Nr. 2 i. V. m. § 234 Absatz 3 Nr. 5 VAG abgegeben. Der Aufsichtsrat hat den Bericht des Verantwortlichen Aktuars zustimmend zur Kenntnis genommen.

Die Buchführung, der Jahresabschluss und der Lagebericht 2017 sind von der zum Abschlussprüfer bestellten PricewaterhouseCoopers GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Kapelle-Ufer 4, 10117 Berlin geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen worden. Die Abschlussunterlagen und der Bericht des Abschlussprüfers über die Prüfung des Jahresabschlusses haben dem Aufsichtsrat vorgelegen. In der Bilanzsitzung am 17. Mai 2018 hat der Abschlussprüfer dem Aufsichtsrat ausführlich über die wesentlichen Ergebnisse seiner Prüfungen berichtet. Von den Prüfungsergebnissen hat der Aufsichtsrat zustimmend Kenntnis genommen.

Die Erläuterungen des Vorstandes ergaben keine Einwendungen. Mit den Ausführungen des Vorstandes über das Geschäftsjahr 2017 und dem vorgelegten Jahresabschluss erklärte sich der Aufsichtsrat einverstanden. Durch den bestehenden Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrag ist das Jahresergebnis ausgeglichen. Eine Entscheidung des Vorstandes über die Verwendung des Jahresüberschusses war nicht notwendig.

Der Aufsichtsrat hat sich mit dem vom Vorstand erstatteten Lagebericht und dem Jahresabschluss 2017 intensiv befasst, die Unterlagen eingehend studiert, geprüft und gebilligt. Er hat nach Maßgabe des § 172 Aktiengesetzes den Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2017 festgestellt.

Der Aufsichtsrat empfiehlt der Hauptversammlung, dem Vorstand Entlastung zu erteilen.

Die Aufsichtsratsmitglieder danken dem Vorstand und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihre stets hervorragend geleistete und engagierte Arbeit. Wir danken des Weiteren allen Kunden für ihr Vertrauen.

Berlin, den 17. Mai 2018

Der Aufsichtsrat

Dr. Rolf Krämer
Vorsitzender

Birgit Adamek
Mitglied

Karin Kessel
Mitglied

Olaf Johannes Mirgeler
Mitglied

Anke Poersch
Mitglied

VERKA PK Kirchliche Pensionskasse AG

Schellendorffstraße 17/19

14199 Berlin

Tel: +49 30 897907-0 | Fax: +49 30 8247213

Mail: info@verka.de | Internet: www.verka-pk.de